

Correspondenz

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 22. August 1905.

№ 97.

Eindrücke von der Generalversammlung.

Wenn man den Verhandlungen unserer Generalversammlung bis ins kleinste gefolgt ist, so muß man zu dem Resultate kommen, daß mit dem Anwachsen der Mitgliederzahl auch der Regie häufigere Schwierigkeiten bei der Erfüllung ihrer Tätigkeit erwachsen, so daß es fast zur Unmöglichkeit wird, jeden einzelnen zufrieden zu stellen. Davon zeugt auch der Berliner Antrag, den Tarif zu kündigen, damit motiviert, daß der deutsche Buchdrucker-tarif für die Berliner Kollegenschaft Verjährungsstörungen wesentlicher Art im Gefolge gehabt haben sollte.

Wohnte diese Argumentation auch in etwas ihre Berechtigung haben, so mußte dieser Antrag doch geradezu frapperend wirken, zumal man hierin einen kleinen Zug von Egoismus erblicken konnte, eine Art Monroedoktrin, dem Provinzialer die Stadt der „geistigen Intelligenz“ zu verschließen.

Um so mehr war es daher zu begrüßen, daß dieser Antrag von Seiten der Berliner Delegierten zurückgezogen wurde.

Tragt man aber nach der Ursache dieser Gegenströmung, so ist hierbei nicht zu verkennen, daß man auch „oben“ etwas abgewichen ist von der Bahn, die ein gezieltes Zusammenwirken ermöglicht und dazu angetan ist, in den Kreisen der Mitglieder ein gewisses Mißtrauen aufkommen zu lassen, somit also eine „revisionistische Bewegung“ wohl zu recht fertigen Vermöchte. Soll doch unsere Leitung nur die Interessen der Mitglieder verfolgen, nicht der kapitalistischen Gesellschaft dienen, die doch trotz aller Tarifverträge unseren Grundrissen diametral gegenübersteht.

Darum sollte auch der Kollegenschaft von ihren Vertretern mehr Vertrauen entgegengebracht werden, als es seither geschähen.

Kann man es denn verstehen, wenn an kompetenter Stelle von einem „Mißbrauche ihrer Kemter in rücksichtsloser Weise“ seitens unserer Vertrauensmänner die Rede ist? Mag dies in äußerst seltenen Fällen auch zutreffen, so muß doch zugegeben werden, daß gerade die Vertrauensleute den Drangskorderungen ihrer Vorgesetzten am meisten ausgesetzt sind; wie wäre es sonst zu erklären, daß eben diese Posten so wenig begehrenswert erscheinen?

Was nun die weiteren Verhandlungen anbetrifft, so war es zu begrüßen, daß bei der Erstrebung höherer Unterstützungssätze keine Erhöhung der Beiträge stattfand, obgleich die Sterbegeldsala sowie die Ortsunterstützung eine keine Aufbesserung erfordern. Eine Beitragserhöhung wäre auch nur dazu angetan gewesen, in den weitesten Kreisen Mißstimmung zu erwecken.

Daß wir wiederum mit dem recht veralteten Thema „Schreibweise des „Corr.““ beglückt wurden, ist ganz selbstverständlich, wenn man in Erwägung zieht, daß bei der Neutralität unfer Verbandes dem Redakteur des „Corr.“ besondere Schwierigkeiten bereitet werden. Jedem einsichtigen Menschen wird es einleuchten, daß unser Redakteur unmöglich alle befriedigen kann.

Weit wichtiger gestaltete sich die Aufrollung der Hilfsarbeiterfrage.

Ihre Lösung erscheint uns so schwieriger, als eine Angliederung der Hilfsarbeiter an unsern Verband sich nicht ohne erhebliche Rückschlüsse für den letztern vollziehen könnte. Darum muß auch jeder ehrlich denkende zugeben, daß die Hilfsarbeiterorganisation, weil noch in den Kinderschuhen stehend, noch des nötigsten Ausbaues bedarf, bis es ihr gelingt, sich durch eignes Emporarbeiten in den Reihen der modernen Gewerkschaften eine Nachbesserung zu erringen, erst dann dürfte auch die Hilfsarbeiterfrage ihre Erledigung finden können.

Wenn nun am Schluß dieser Betrachtungen der Ausgang der Generalversammlung als ein zufriedenstellender zu bezeichnen ist, so trägt nicht in letzter Linie auch wohl der Umstand dazu bei, daß in der Fassung unserer Leitung keine Aenderung eintrat. Nichts könnte einer Organisation in ihrem Vorwärtstreben mehr hinderlich sein als häufiger Wechsel in der Regie, zumal hieselbe Proben ihrer Fähigkeiten abgelegt und auch in der Zukunft besorgt sein wird, die neutralen Spuren der Organisation nicht zu verlassen — zum Segen aller Mitglieder unferes Verbandes!

-A.-

Korrespondenzen.

Breslau. Eine Versammlung sämtlicher Spezialvereine wurde am 6. August hier abgehalten. Zweck derselben war, über den in der Spartenfrage auf der Generalversammlung gefaßten Beschluß sowohl wie über die Debatte eine Aussprache herbeizuführen; der Vorsitzende des Breslauer Buchdrucker-Gehilfenvereins, Kollege S. Härtel, hatte in bereitwilligster Weise das Referat hierzu übernommen. In dem fast zweistündigen Vortrage behandelte der Referent die drei Fragen: „Existenzberechtigung, Aufgaben und Grenzen der Sparten“, in klarer, allgemeinverständlicher Weise. Für die heute nicht mehr bestrittene Berechtigung der Zusammenschließung einzelner Berufsgruppen stellte Redner folgende These auf: Die Spezialvereine sind der Notwendigkeit entsprungen, die beruflichen Verhältnisse den technischen Vervollkommnungen anzupassen. Als Aufgabe der Spezialvereine müsse die Pflege des Technischen, für welche im allgemeinen bis jetzt immer noch zu wenig Mittel aufgewandt worden seien, stets im Vordergrund stehen; uneigennütziges, gegenseitiges kollegiales Unterweihen müsse neben der Aus- und Fortbildung der Kollegen Platz greifen, und der Egoismus gegeneinander immer mehr aus unseren Reihen verschwinden. Ein besonders ausgedehntes Feld ihrer Tätigkeit finden die Spezialvereine in der Ueberwachung und Durchführung tariflicher Bestimmungen, und fällt ihnen hier die Klärung aller jenen kleinen Streitfragen zu, die in größeren Ortsvereinsversammlungen nicht erledigt werden können. Auch haben die Spezialvereine ihr Hauptaugenmerk auf die Erziehung der Mitglieder zur Disziplin zu richten. Durch gute Disziplinierung und Erziehung zu wahrem kollegialen Verhalten gegeneinander und auch gegen unsere graphischen Berufsgenossen könnte, speziell da, wo wir mit Hilfsarbeitern zusammen arbeiten, vieles ohne offene Streitigkeiten erzielt werden; unser Solidaritätsgefühl dürfe diesen Berufsgenossen gegenüber nicht verfallen. Redner streifte besonders die schädlichen Wirkungen des Prämiens- und Wettseßens bei den Maschinenseßern. Eingehend auf die Frage: „Welches sind die Grenzen der Spezialvereine“, erklärte Redner die Konsequenzen, die entstehen, wenn die Spezialvereine über die ihnen eingeräumten Machtbefugnisse hinausgingen. Als Vereine im Verbande müssen sie sich streng in den Grenzen und Bestimmungen des Verbandes bewegen und Sonderbestrebungen, speziell durch Schaffung von eignen Unterstützungszeigen, ganz und gar vermeiden. Auch müssen die Spezialvereine, gemäß ihren Aufgaben, lokalisiert bleiben, da ein Zusammenschluß zu ausgesprochenen Zentralverbänden u. v. m. ihrem ganzen Wesen widerspricht. Die regelmäßige Abhaltung von Kongressen sei als überflüssig zu verwerfen, doch wären solche Kongresse, die sich aus bestimmten tariflichen Anlässen herausbilden, verbandsseitig zu unterstützen. Zum Schluß wandte sich Redner der Agitation in und für die Spezialvereine zu und ermahnt die Vertreter derselben, bei aller Intenität, mit der diese Agitation erfolgen soll, doch keine unnötige Aufregung oder gegenseitige Bitterkeit in die Kollegenkreise zu tragen, man müsse sich gegenseitig zu verstehen und zu verständigen suchen. Auch solle man für gelegentliche Vorkommnisse oder Streitigkeiten nicht einzelne Personen oder Instanzen verantwortlich machen, sondern man solle dann auch immer die Verhältnisse in Betracht ziehen, die es verschuldet haben, daß es so und nicht anders ist. Wenn, so schloß Redner, alles das Gesezte befolgt wird, dann werden die Spezialvereine das sein, was sie sein sollen: Ein Mittel zum Zwecke der Erringung besserer Erwerbsverhältnisse! In der sich hieran anschließenden Diskussion erklärten sich sämtliche Vertreter im allgemeinen mit den Ausführungen einverstanden und hoben mit Genehmigung hervor, daß die berufliche Ausbildung im Vordergrund stehe und die Pflege kollegialischen Geistes eine gute Stätte habe. Wünsche nach Sonderbestrebungen bestanden nicht. Tarifliche örtliche Mißstände suche man zu verbessern und strittige Punkte zu klären. Die praktische Stellungnahme der Generalversammlung gegenüber der Spartenfrage wurde allgemein als nutzbringend anerkannt. Ein Redner debattierte die Behandlung der Kongressfrage im „Corr.“. Mit der fachlichen Ausbildung müsse auch die Bezahlung gleichen Schritt halten, da sonst die Typographischen Gesellschaften das Gegenteil erreiden, was sie bezwecken; durch das größere Angebot besserer Kräfte würde

die Bezahlung derselben sinken. Auch hätten sich dieselben ihr Ziel zu vielseitig gestellt, eine gewisse Grenze sei auch hier geboten. Gegenüber den Hilfsarbeitern sei eine Animosität seitens der Maschinenmeister wohl begrifflich, da von jenen das Streben nach Verbesserung ihrer Lage eine Auslegung erhielt, daß sie Stellen als Maschinenmeister bei untauflicher Bezahlung auszufüllen versuchten. Der Vorsitzende des Verbandes der Buchdruckerhilfsarbeiter wies diese gegen seine Organisation erhobenen Vorwürfe zurück und hoffte, in Zukunft bei gegenseitiger Fühlung Gutes für seine Organisation zu erwirken. Die Kennerung Fiedlers auf der Generalversammlung, man habe bei den Hilfsarbeitern keinen Dank geerntet, bezeichnete er als ungerecht, denn ihre örtliche Organisation habe von den Buchdruckern als einzelnen Mitgliedern keine Unterstützung erfahren. Einzelverfehlungen solle man nicht verallgemeinern. Auch in Breslau könnten die Hilfsarbeiter für die Buchdrucker noch einmal nützlich werden. Im Schlusssatz ging der Referent auf die in der Debatte aufgeworfenen Punkte noch einmal ein und klärte verschiedene irrige Auffassungen, speziell die über Kollegen Fiedlers Kennerung auf der Generalversammlung, auf. Das Thema soll in den einzelnen Fachvereinen noch eingehender diskutiert werden.

Dresden. Auf der Durchreise sich befindend, hatte Kollege Guschel, der Vorsitzende der Zentralkommission der Korrektoren Deutschlands, die Gelegenheit benützt, hier einen Vortrag zu halten über: „Die Zwecke und Ziele der deutschen Korrektorenbewegung“. Leider hatten sich nur wenige im „Geneseler“ am 12. August eingefunden, da etliche Kollegen der Ferien wegen von Dresden noch abwesend waren. Nachdem der Vorsitzende Anrufst verschiedene Eingänge bekannt gegeben, erteilte er dem Kollegen Guschel das Wort zu seinem Vortrage. Dieser führte ungefähr folgendes aus: Als im Juni des vorigen Jahres von Berlin aus der Aufruf an die deutschen Korrektoren erging, sich allerorts zusammenzuschließen zur Verbesserung ihrer Existenzbedingungen, zur Hebung ihrer Lage, fand dieses Vorgehen in weiten Kreisen begeisterten Widerhall und wurde die Notwendigkeit dieses Zusammenschlusses allseitig gebilligt und anerkannt. Die Mißstände in unsern Berufs sind uns allen ja hinreichend genug bekannt. Während man auf der einen Seite immer höhere Anforderungen an die Bildung und Vielseitigkeit des Korrektors stellt, während man seiner nervenzerstörenden und undankbaren Tätigkeit immer mehr Unschicklichkeit zumutet, sich nicht scheut, ihn für das geringste Versehen moralisch wie materiell verantwortlich zu machen, geben die Löhne trotz steigender Lebensmittel- und Wohnungspreise immer mehr zurück. Man bietet ihm ein, zwei Mark über das örtliche Minimum, weist ihm einen ungeeigneten Raum im Geschäft an und überläßt ihm seinem Schicksale, um sich höchstens dann seiner zu erinnern, wenn bei einem Mafulturgenwitter ein Hilfsarbeiter benötigt wird. Die Hauptursachen sind jedenfalls der Mangel jedes tariflichen Schutzes, die Rechts- und Machtlosigkeit des einzelnen der Willkür des Unternehmers gegenüber und ferner das Eindringen aller möglichen Elemente in den Korrektorenberuf; schließlich kommt noch die Nichtberücksichtigung der Hauskorrektoren bei der Kalkulation in den meisten Druckerien hinzu. Während sich nun aber die Angehörigen aller übrigen Spezialgruppen unferer weitverzweigten Berufes, sofern sie ihre Interessen vernachlässigt oder geschädigt glauben, einig zusammenschlossen, geschah seitens der Korrektoren so gut wie nichts. Im Jahre 1901 stellten zwar einige größere Mitgliedschaften die Korrektoren betreffende Anträge, welche aber unter den Tisch fielen, da es wichtigere Punkte zu verfechten galt, und jede nachdrückliche Vertretung von Seiten der Korrektoren selber fehlte. Mit Freuden ist es deshalb zu begrüßen, daß es auch unter den Korrektoren zu Tagen beginnt. Seit der Veröffentlichung des Aufrufes sind binnen Jahresfrist dreizehn deutsche Korrektorenvereine ins Leben getreten, die sich unter einer Zentralkommission vereinen. Es sind dies außer Dresden die Vereine in Berlin, München, Leipzig, Stuttgart, Mannheim, Düsseldorf, Hannover, Chemnitz, Raumburg, Hamburg, Magdeburg und Breslau. Einige weitere Vereine sind noch im Entstehen begriffen. Welches sind nun die Ziele, die den deutschen Korrektorenvereinen in ihrer gemeinsamen Arbeit vorzueben müssen, und welches die Mittel und Aufgaben, die zur Erreichung dieser

Ziele führen können? Es gilt in erster Linie, eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, eine bestimmte Norm zu schaffen, unter der eine tariffreie Firma einen Korrektor nicht einstellen darf. Das ist aber nur möglich, wenn bei der nächsten Tarifrevision im Jahre 1906 entsprechende tarifliche Bestimmungen geschaffen werden. Im Rahmen des Verbandes müssen wir uns regen und unsere Forderungen zur Geltung bringen. Wenn wir im Verbandsleben, in den Versammlungen usw., uns rege betätigen und beweisen, daß die Korrektoren nicht die schlechtesten Verbandsmitglieder sind, erweisen wir damit auch zugleich unserer Spezialorganisation den besten Dienst. Es sei gleichzeitig noch die Tatsache verzeichnet, daß die letzte Generalversammlung des Verbandes, die hier in Dresden tagte, die Notwendigkeit der Spezialorganisation einstimmig anerkannt. Es erwächst uns nun die Aufgabe, in allen Gauen, Bezirken und Mitgliedschaften, wo immer Korrektoren tätig sind, diese unseren Spezialvereinen zuzuführen und, wenn solche dem Verbands fernliegen, sie zum Beitritte zu bewegen, zumal jeder ehrenhafte Korrektor, wenn er nicht gelernter Buchdrucker sein sollte, neuerdings Verbandsmitglied werden kann. Auch die bereits anderweit organisierten müssen wir zu gewinnen trachten. Sind doch die übrigen Buchdruckerorganisationen — Prinzipalstafte, Gutenbergsbund, Freie Vereinigung usw. — alle mehr dazu da, den Gehilfen in ihren wirtschaftlichen Bestrebungen zu schaden und ihnen gelegentlich in den Rücken zu fallen. Kein ehrlicher Mensch sollte diesen Akerorganisationen von dem Momente an, wo ihm zum Bewußtsein kommt, wo er ist und wohin er gehört, auch nur eine Stunde länger angehören. Wer den richtigen Weg einmal erkannt hat, wer lautere Absichten hat und Solidarität kennt, der wird auch kein Opfer scheuen, der Allgemeinheit und damit sich selbst zu nützen. Um nun von der letzten Tarifrevision (1901) zu lernen, müssen wir diesmal entschieden darauf bedacht sein, einheitliche Forderungen zu stellen und geschlossenen vorzugehen. Der voraussichtlich Ostern nächsten Jahres abzuhaltende Korrektorentag wird die Schaffung derartiger gemeinsamer Anträge zur Hauptaufgabe haben. Um beweiskräftiges Material und stichhaltige Unterlagen über die deutschen Korrektorenverhältnisse zu erhalten, hat die Zentralkommission einen Fragebogen zu einer allgemeinen Korrektorenstatistik ausgearbeitet, der demnächst zur Verwendung gelangt und dessen genaue Ausfüllung unerlässlich ist. Wir müssen fernerhin aber auch versuchen, das Zustromen aller möglichen Elemente in unsern Beruf soviel als möglich einzudämmen, entweder durch Eingaben an Behörden, da es meist Studenten und Lehrer sind, die sich einen Nebenverdienst damit suchen, oder durch die Klacht in der Öffentlichkeit. Einen weiteren materiellen Vorteil dürfte unseren Mitgliedern die Vermittelung von Arbeitsgelegenheit bieten. Als fernere Ziele müssen uns die Regelung der Heimarbeit seitens der Korrektoren, Gelehrer und Invaliden, die Ueberstundenfrage sowie eine Klärstellung bezüglich der Gastbarkeit des Korrektors und Revisor vor Augen schweben. Entsprechende Vorträge und Ausreden in den Vereinen, Behandlung dieser Fragen auf dem Korrektorentage, Anträge für tarifliche Bestimmungen würden hierfür unsere Aufgaben sein. Ueberhaupt dürfte die Veranstaltung von Vorträgen und Diskussionsabenden mit entsprechend gewählten Themen wesentlich zur Weiterbildung dienen. Sprechkurse werden bei Bedürfnis von selbst zustande kommen. Weitere Aufgaben werden uns schließlich mit der Zeit noch genügend erwachsen. Bei allen Bestrebungen aber soll uns als Hauptziel setzen, unseren engeren Berufsangehörigen wirtschaftliche Verbesserungen zu erringen, bezüglich alle dahingehenden Interessen im Rahmen des Verbandes wie der Tarifgemeinschaft energisch zu vertreten, dem Verbandsleben tüchtige und leistungsfähige Zuzugleistungen zuzuführen und einen Verkehr untereinander anzubahnen, der die Bezeichnung „kollegial“ verdient. Diese Ausführungen fanden den lebhaftesten Beifall und folgte hierauf eine Ausdrucksweise über verschiedene technische Fragen.

Frankfurt a. M. (Wesentliche Maschinenjägerversammlung.) Der erste Punkt der Tagesordnung wurde durch einen einundviertelstündigen Vortrag des Kollegen Dorfsch über „Arbeiterbeschäftigung“ erledigt. Von der Reizefasse als Anfang einer Organisation ging der Vortragende alle Absichten der Gewerkschaftsorganisation durch bis zur neuesten Schöpfung, den Arbeiterkretariaten. Hierauf referierte der Gehilfenvertreter E. Dominé über die Beschlüsse der Dresdener Generalversammlung bezüglich der Sparten. Die Diskussion über dieses Referat zeitigte die Annahme eines Antrages, welcher den Gehilfenvertreter beauftragt, das Maschinenjägerpersonal der „Frankfurter Zeitung“ zu veranlassen und mit denselben die geeigneten Schritte zu unternehmen, um dem dort bis auf den heutigen Tag verlangten Zeilenaufschreiben, das dem Tarife und den Schiedsgerichtsentscheidungen Hohn spreche, eine Ende zu machen. Dieses Anstreben hat in der „Frankfurter Zeitung“ derartige Zustände geschaffen, daß der dortige Faktor wohl bald alle deutschen Maschinenjäger kennen gelernt haben wird, wenn nicht schnellstens Abhilfe geschaffen wird. — Zu der sich anschließenden Mitgliederversammlung wurde der vorgedruckten Zeit halber nur „Geschäftliches“ und „Beschiedenes“ erledigt.

Umbach i. S. In der am 13. August abgehaltenen Außerordentlichen Versammlung des Klubs „Typographia“, zu welcher auch verschiedene Kollegen der Umgegend eingeladen und erschienen waren, war es uns vergönnt, unseren Generalversammlungsdelegierten Otto Dähnel-Ghemnitz in unserer Mitte begrüßen zu dürfen. In seiner einundhalbstündigen Rede entrollte Kollege

Dähnel ein anschauliches Bild über den Verlauf der Generalversammlung und die dort gefassten Beschlüsse. Die sich hier anschließende Debatte zeigte, daß man auch im großen und ganzen einverstanden war mit dem in Dresden gefassten. Mehrere noch aus der Mitte der Versammlung an den Referenten gerichtete Fragen wurden von ihm in der bekannt gebliebenen Weise beantwortet. Mit Dankesworten des Vorsitzenden an den Kollegen Dähnel sowie mit einem Hoch auf den Verband wurde sodann die Versammlung geschlossen.

W. Ludwigsburg. Im hiesigen Ortsvereine referierte der Gauvorsitzer Flohr-Stuttgart in einer zahlreich besuchten Außerordentlichen Versammlung über die Dresdener Generalversammlung. Da ja den Kollegen die Beschlüsse und das Resultat des „reineigenden Gewitters von Dresden“ durch den „Corr.“ hinlänglich bekannt sind, erübrigt es sich, hier darauf näher einzugehen. Kollege Flohr erläuterte in zweieinhalbstündiger, ausführlicher Rede die Gründe, die diese Beschlüsse zeitigt hatten. Reicher Beifall lohnte den Referenten am Schlusse seiner Darlegungen. Folgende eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme seitens der Versammlung: „Die heutige Versammlung des Ortsvereins Ludwigsburg erklärt sich mit den Ausführungen des Delegierten über die Generalversammlung einverstanden und billigt die Beschlüsse derselben.“ Nach verschiedenen befriedigenden Auskünften, die Kollege Flohr in der kurzen Diskussion noch gab, schloß der Vorsitzende Seifert mit den herzlichsten Worten des Dankes an den Referenten und mit einem Hoch auf den Verband die gut verlaufene Versammlung.

Mannheim. Der Maschinenjägerklub Mannheim-Ludwigsbafien beging sein diesjähriges Stiftungsfest durch einen Ausflug (mit Damen) nach Neustadt a. S. Nach einem genussreichen Spaziergange vereinigte ein Mittagsmahl die Festteilnehmer. Nachmittags fand eine gemütliche Unterhaltung mit den Neustädter Kollegen auf einem Bierfeller statt, wo bei Neben, Liedern, Tanz, Regelspiel usw. der Nachmittag aufs herzlichste verlief. Es war ein schöner Tag, den wir hier in Kollegenkreisen verlebten, wofür den Neustädter Kollegen auch an dieser Stelle der Dank ausgesprochen sei.

H. Marburg. Die am 13. August abgehaltene dritte Bezirksversammlung war nur schwach besucht, wofol von den hiesigen wie auswärtigen Mitgliedern. Für letztere war wohl der weiten Entfernung und schlechten Zugverbindung wegen der Sonnabend nicht der geeignete Tag. Nach Erledigung der Berichte des Kassierers und des Reizefasseverwalters sowie eines Aufnahmegerüches erhielt Kollege Holland-Gießen das Wort zur Berichtserstattung über die Dresdener Generalversammlung. In einundhalbstündiger Rede führte uns der Redner die ja aus dem „Corr.“ schon bekannten Verhandlungen vor Augen und beantwortete später einige aus der Versammlung an ihn gerichtete diesbezügliche Fragen. In der Diskussion äußerten sich verschiedene Kollegen über die gefassten Beschlüsse und entspann sich dann eine lebhafteste Aussprache über den in Nr. 92 des „Corr.“ veröffentlichten Artikel „Auch ein Nachwort“. Kollege Härtling wies zunächst darauf hin, daß trotz der „grünlichen Abrechnung“ mit Neuhäuser in Dresden bisher auf eine zehnzeitige Notiz der Frankfurter „Volkstimme“ einen vier Spalten langen Artikel mit den schärfsten Angriffen losgelassen und damit kein gegebenes Versprechen, „Frieden zu halten“, schon wieder gebrochen habe. Nachdem dann ein Kollege die Veränderung in der Karenzzeit zur Invalidenunterstützung kritisiert und diese als eine Verschlechterung für diejenigen Kollegen bezeichnete, die nicht das Glück einer „dauernden“ Kondition genießen, ging Kollege Weber in längeren Ausführungen auf die einzelnen Beschlüsse der Generalversammlung ein, durchweg seiner Verliebtheit Ausdruck gebend. Die von einzelnen Delegierten angegriffenen, vom Kollegen Krahl gebrachten Gewerkschaftsüberichten bezeichnete er als das Beste, was auf diesem Gebiete bis jetzt erschienen sei; es würden andere Gewerkschaften froh sein, wenn sie solche in ihren Organen bringen könnten. Unter dem Beifalle der Versammlung wies er dann die Angriffe des Kollegen Härtling auf Neuhäuser zurück. Es handelte sich nicht um eine kurze Notiz, da der „Corr.“ beinahe eine Spalte daraus zitiert habe. Wenn in dem Artikel unser Verband eine Musterorganisation für Regierung und Unternehmer genannt werde, so könnten solche Beschimpfungen nicht scharf genug zurückgewiesen werden, und wenn noch ein paar Spalten mehr darauf gingen. (Beifall.) Für Verbandsmitglieder aber liege kein Anlaß vor; ein Blatt, welches uns derart beschimpfe, auch noch in Schutz zu nehmen. Unter „Verständliches“ kam ein Schreiben des Gießener Maschinenmeisterklubs zur Besprechung, in dem die hiesigen Maschinenmeister zum Beitritte aufgefordert wurden. Es wäre zu wünschen, wenn unsere hiesigen Druckerkollegen dieser Einladung nachkommen würden. In der nun folgenden Vorstandssitzung wurden die Kollegen Schmidt-Bornborn und Wessel-Marburg, einem früheren Versammlungsbeschlusse gemäß, wegen Resten ausgeschlossen. Damals war der Ausschluß auf das gegebene Versprechen der Kollegen, ihren Verpflichtungen nachzukommen, zurückgestellt worden, da jedoch das Versprechen nicht gehalten wurde, so erfolgte nunmehr ihr Ausschluß.

Bezirk Münster. Die dritte diesjährige Bezirksversammlung wurde am 13. August in Münster abgehalten. Anwesend waren aus Münster 40, Lengerich 2, Dülmen 4, Roesfeld 2, Delde 3, Rheine, Warenborn, Emsdetten und Freudenforst je 1 Mitglied. Zunächst erstattete der Kassierer den Rassenbericht pro 2. Quartal 1905. Der Bestand der

Bezirkskasse betrug am Ende des 2. Quartals 115,24 M. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Nachdem dann drei Kollegen in den Verband aufgenommen wurden, erhielt unser Gauvorsitzer Müller-Essen das Wort zur Berichtserstattung über die Generalversammlung. Derselbe entledigte sich seines Auftrages in einem einundhalbstündigen Referate. In der sich anschließenden kurzen Diskussion wurde es als besonders erfreulich bezeichnet, daß das Verhältnis zwischen der Redaktion des „Corr.“ einerseits und Berlin und Leipzig andererseits wieder ein besseres geworden, da mit Rücksicht auf die nächstjährige Tarifrevision vor allem Einigkeit erforderlich sei. Namens der Versammlung dankte der Vorsitzende dem Referenten für seine ausführliche Berichtserstattung. Es wurden dann noch einige interne Angelegenheiten erledigt und sodann die Versammlung in einen dreifachen Hoch auf den Verband geschlossen. — Anschließend des fünfjüngstjährigen Verbandsjubelums des Kollegen G. Wiegler in Münster fand am 5. August abends im Vereinslokale ein Herrenkommers statt, welches in schönster Weise verlief. Vom Ortsvereine Münster wurde dem Jubilare aus diesem Anlasse ein hübscher Sessel verehrt.

Blauen. Das hiesige Duzend Bündler oder vielmehr die „geistigen“ Leiter derselben leisten sich im „Typograph“ wieder einmal das Höchste an Dummheit und Unmahnung. „Wie ein Blitz aus heiterm Himmel“ soll unter den hiesigen Verbandsmitgliedern eine Notiz im genannten Blatte gewirkt haben, die zwei Verbandsmitgliedern Sucht nach Ueberstunden zum Vorwurfe machte, was von uns bereits im „Corr.“ genügend widerlegt wurde. Und endlich, nach beinahe vierzehn Tagen, kam im „Corr.“ eine derbe „Zurechtweisung“, so orakeln die Herren weiter. Warum die „Zurechtweisung“ erst nach vierzehn Tagen kommen konnte, wollen wir den Bündlerfirmen nicht zu injizieren versuchen; im übrigen ist ja dieses gern im Trüben fischende Gelichter hier und anderwärts als Klausurträger und Tarifverächter genügend bekannt, um auf das konfuse Geschwafel im „Typograph“ ernsthaft zu erwidern. Die Geschichte ist ja auch hier die beste Lehrmeisterin. Wir wollen nur zur Erweiterung der Leser und zur Charakterisierung der Bündler einiges beitragen. Sie schreiben im „Typograph“, „daß ein Kollege, der hier zum Verbands übertrat, vom Bunde ausgeschlossen gewesen sei, weil er sich als Spion entpuppte“. Der Betreffende war aber bereits vierzehn Tage Verbandsmitglied und hatte seine Abmeldung vom Bunde dem hiesigen Bündlerhauptling noch nicht übermittelt, als der letztere von der Mistet erfuhr und flogs dem „Negaten“ einen Brief zuckerte mit der Mitteilung seines Ausschlusses. Das sind so Heldenthaten dieser Ritter von der traurigen Gestalt und Mittelteil, mit Verachtung gepaart, empfindet man für diese Trübsal, die es fertig bringen, ihre Frauen ins Geschäft zu schicken, um für Rücknahme der erhaltenen Kündigung zu betteln. Daß die Verbandsmitglieder einer hiesigen Zeitung während der flotten Zeit Ueberstunden machen müssen, geht den Bündlern besonders nahe. Das hat aber seine Ursache darin, daß zu den Arbeiten, die die Ueberstunden erfordern, die Bündler nicht zu gebrauchen sind, wie ja von nachgebender Seite wiederholt betont worden ist. Die Erfahrung bestätigt sich eben überall, daß der Bund sich zum großen Teile aus technisch minderwertigen Elementen zusammensetzt, die ihre Arbeitskraft ohne weiteres unter Kurs auf den Markt bringen, weil sie sonst überhaupt nicht verlangt wird.

Bündler.

Ein Gefinnungswächter ist Herr Th. Leipart, der zweite Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes. Als Referent in einer dieser Tage in Stuttgart abgehaltenen sozialdemokratischen Parteiversammlung erklärte Herr Leipart (nach der neuesten „Leipziger Volkszeitung“): „Die Klage über den Mangel an sozialistischem Geiste in den Gewerkschaften ist nicht berechtigt, auch die Fachblätter, mit Ausnahme des „Correspondenten für Buchdrucker“, lassen den sozialistischen Geist nicht vermiffen.“ Inwieweit sich Herr Leipart als Gewerkschaftsführer der Partei gegenüber subaltern fühlt, ist seine Sache, das geht uns nichts an; aber wenn er glaubt, andere Gewerkschaftsblätter anklagen zu müssen, „Mangel an sozialistischem Geiste“ zu verraten, so mag er uns gegenüber seine Finger davon lassen. Wir sind keiner Partei, sondern nur unseren Kollegen verantwortlisch darüber, welcher Geist in den Spalten des „Corr.“ herrscht, ganz abgesehen davon, daß es eine erstaunliche Behauptung des Herrn Leipart ist, zu sagen, der „Corr.“ lasse einen Mangel an sozialistischem Geiste erkennen. Die Redaktion des „Corr.“ hat stets auf dem Standpunkte des Sozialismus gestanden, sonst müßten wir ja die privatkapitalistische Wirtschaft verewigen wollen. Für die letztere Auffassung würden sich aber unsere Kollegen bedanken. Wenn aber Herr Leipart sagen wollte, der „Corr.“ lasse einen Mangel an sozialdemokratischem Geiste erkennen, so hat er auch hierin nur infoweit recht, als wir für unsre Gewerkschaft gewisse parteipolitische Tendenzen (siehe z. B. Dresdener Resolution von 1903) unter keinen Umständen akzeptieren werden. Außerdem lassen wir uns eben mit der Sunbekämpfe, wie man es uns gegenüber jahrelang versuchte, diesen Geist nicht einflößen. Herr Leipart mag sich einmal seines Referates über die Arbeitsnachweise in Frankfurt a. M. (1899) erinnern, in dem er Ansichten vertrat, die selbst der „antisozialistische“ „Corr.“-Redakteur nicht harmoniedufliger

hätte vortragen können. Auch sonst ist Herr Leipart beflissen gewesen, möglichst weit rechts abzurücken, wie ihn in Köln auch von seinem Genossen Bock attestiert wurde. Auf einmal fühlt derselbe Leipart sich anderen Gewerkschaftskämpfern gegenüber als Gesinnungswächter der Partei! „Weß in ein Kloster; Ophelia!“ Das schönste aber ist, daß Leipart in derselben Rede in Stuttgart ausführt: „Von den Gewerkschaftsführern soll man nicht verlangen, daß sie sozialistische Agitation unter den Mitgliedern treiben.“ Wenn sie das aber nicht tun — siehe den Angriff Leiparts auf uns — veraten sie einen „Mangel an sozialistischem Geiste!“ Eine wunderbare Logik — ganz Leipart! Will der Reaktor eines Gewerkschaftsblattes jedoch seinen Kollegen die wirtschaftlichen Zusammenhänge erklären, so wird er durch die Tatsachen selbst dazu gedrängt, wie wir vor Bekanntwerden des Leipart'schen Gallimatias in letzter Nummer des „Corr.“ schrieben, den „Sozialismus als die Wirtschaftsordnung der Zukunft“ zu bezeichnen. Für uns ist aber der Sozialismus keine Frage der Partei — das ist der Schmerz des Herrn Leipart und vieler anderer —, und daß er keine Frage der Partei ist, beweist die Tatsache, daß wir Sozialisten in allen Gesellschaftsschichten und Parteien haben. Gerade die Bewirtlichung des Sozialismus steht streng parteipolitisch neutrale wirtschaftliche Organisationen des Volkes voraus, ohne welche das Wort Sozialismus ein Spielzeug in Versammlungen und Broschüren bleibt. Herrn Leipart geben wir den Rat, sich wegen unserm „sozialistischen Geiste“ den Kopf nicht zu zerbrechen und uns ungeschoren zu lassen, wie wir es ihm gegenüber stets getan haben. Als Gesinnungswächter für den „Corr.“ ist Herr Leipart nun einmal nicht berufen und in diesem „Amte“ werden ihm auch keine Vorberer erwachsen, dessen kann sich Herr Leipart versichert halten.

Gegen die Festsetzung einer Höchstzahl von Lehrlingen für die Buchdruckerei hat sich die Handelskammer in Vöckum ausgesprochen, nachdem sie das Resultat der nur mangelhaft ausgefallenen Umfrage nicht der nötigen Beachtung für würdig befunden hatte. Die Handelskammer Vöckum referiert also: „Eine allgemeine Ueberfüllung des Gewerbes ist nicht nachgewiesen und liegt wahrscheinlich auch nicht vor. Mangelhafte Ausbildung der Lehrlinge durch übermäßige Einstellung derselben ist zweckmäßig nur durch Erlaß individueller Verfügungen gegen einzelne Betriebe zu bekämpfen. Es ist nicht zutreffend, daß die Einstellung von mehr Lehrlingen, als der § 40 des Tarifes zuläßt, unbedingt zur Preissteigerung führen muß.“ Da wir in der letzten Zeit schon mehrmals derartige Ansichten widerlegt haben, wollen wir einmal ein bürgerliches Blatt, die „Vöckumer Zeitung“, urteilen lassen, welches nach Bezugnahme auf Statistiken und Jahresberichte unsers Verbandes folgendes schreibt: „Was nun die Einwirkung einer in manchen Betrieben herrschenden Lehrlingszucht auf die Preissteigerung anlangt, so sind sich alle mit den gewerblichen Verbänden Vertraute über deren Schädigung des ganzen Gewerbes einig. Die überwiegend mit Lehrlingen arbeitenden Druckereien bereiten den Druckereibesitzer eine Schmutzkonkurrenz bereit, auch die Zahl der untüchtigen Gehilfen, die, weil sie keine ordentliche Lehrunderweisung gehabt haben, den Druckereien, in die sie später, wenn sie ihr Lehrprinzipal auf die Straße gesetzt hat, um Platz für neue Lehrlinge zu schaffen, eintreten, nur Last bereiten, wird erhöht. Die Folge ist eine vermehrte Zahl der Arbeitslosen, die die Landstraße bevölkern und schließlich zu jedem Berufe untüchtig gemacht sind. Wir sehen, daß die Handwerkskammer überall die Zahl der zu haltenden Lehrlinge festsetzt und daß diese Zahl nirgends überschritten werden darf. Die Handwerker wissen, daß ein genügend ausgebildeter Nachwuchs nur auf diesem Wege zu erzielen ist, und daß die Lehrlingszucht jedem Gewerbe zum Unlegen gereicht.“

Die Vergeltung der städtischen Druckarbeiten betraf eine Petition des Ortsvereins Koblenz. Leider fanden unsere dortigen Kollegen bei der Stadtverordnetenversammlung damit noch nicht genügend Gehör. Der Vorsitzende meinte, die drei für die Stadt jetzt arbeitenden Druckereien zahlten angemessene Löhne; würden sie gegen die Tarifnormen auffallend geringere zahlen, dann wäre es etwas anders. Die Eingabe unserer Kollegen wurde schließlich nochmals der Kommission für Sozialpolitik zur eingehenden Prüfung überwiesen. So weit wir unterrichtet sind, wird dieser Kommission von Seiten unsers Koblenzer Ortsvereins noch mehr und noch durchschlagenderes Material unterbreitet werden.

Der Schriftföhrer Friedrich Henneberger aus Braunshweig gehört auch zu den Genannten, die nicht mehr zu einem ordentlichen Lebenswandel zurückkehren können. Ob er es nicht will, vermögen wir nicht zu sagen, zu diesem farten Urteile mangelt uns die Kenntnis von dem Charakter und dem Vorleben des Henneberger. Obwohl erst vor einiger Zeit in Würzburg zu acht Monaten Gefängnis verurteilt, hatte er sich jetzt in Kaiserlautern wieder wegen Schwindelsteuern zu verantworten, die

zur Erhöhung seiner Strafe auf ein Jahr und zwei Monate Gefängnis führten.

Ein Gedenktag war der 17. August. Vor zehn Jahren fand an diesem Tage der berühmte Speyer Meineidsprozeß statt, der fünf Arbeiter, darunter den damaligen Vorsitzenden Schröder und den Kassierer Meier des Bergarbeiterverbandes, in das Zuchthaus, einen sechsten auf mehrere Monate ins Gefängnis brachte. Die Unterlage zu diesem Prozesse bot ein Bericht in der „Bergarbeiterzeitung“ über einen Zusammenstoß zwischen Verbändlern und Christlichen. Der in jenem Berichte genannte Gendarm Münster stellte Strafantrag wegen Beleidigung, woraus dann die Anklage wegen Meineids sich entwickelte, weil die Aussagen von sieben Bergarbeitern denen von zwei Beamten gegenüberstanden. Die Richter stellten sich nicht auf den Standpunkt, daß ein Non liquet vorliege, sondern erkannten, wie später in dem Vöckumer Prozesse, auf schwere Zuchthausstrafen. Diese beiden Urteile sind die schlimmsten Schläge der Justiz gegen die Gewerkschaftsbewegung gewesen. Sie haben ihr nicht den Weg verlegen können, ihr Siegeslauf ging weiter und wird weiter gehen, trotz aller Knüppel, die von dem Unternehmertum, Christlichen und anderen Sonderbündlern sowie den Gespinneln des Klassenhaates, der Polizei und den Gerichten, ihr zwischen die Füße geworfen werden.

Wegen der außerordentlichen Häufung von Buchdruckerangelegenheiten, die in der letzten Zeit den Namen der Rundschau mehrmals gänglich in Anspruch nahmen (bis auf die Streiknotizen), ist es uns erst heute möglich, über die zwölfte Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen (6. bis 8. August in Dresden) einen gedrängten Bericht zu liefern. Von der sächsischen Regierung war ein Oberregierungsrat angewiesen, die an den Verhandlungen nicht minder interessierte Landesversicherungsanstalt Sachsens sowie der Rat zu Dresden hatten sich mit der bekannten faulen Ausrede der bringenden Geschäfte entschuldigen lassen. Daß das von der Reichsregierung in mehr oder weniger offener Form den Krankenkassen angeklügelte Ansehen von Damen-Verhandlungen auf den Besuch der Dresdener Tagung nur einen förderlichen Einfluß ausüben konnte, war vorauszusetzen, und so waren denn statt 250 Delegierte von 167 Kassen mit 2485777 Mitgliedern, wie vorjährig in München, diesmal 2557000 Versicherte durch 294 Delegierte vertreten, welche für 143 Kassen und 24 Unterverbände erschienen waren. Die Dresdener Generalversammlung gewinnt ihre Bedeutung durch den einmütigen Protest gegen doch ziemlich buntschichtige Zusammenfassung ihrer die Disziplinsverträge des Reichsanlagers, die dieser mit den Krankenkassen auf Anraten und Verlangen der Rückstärker in preussischen Abgeordnetenhäuser vornehmen will. Fürst Bülow ist zu sehr auf den sozialdemokratischen Bauwan verblissen, sonst müßte er wissen, daß trotz der jetzt noch unberührten Selbstverwaltung der Krankenkassen ein Sozialdemokrat an der Spitze einer Kasse oder ein Ueberwiegen von Angehörigen dieser Partei im Vorstande bzw. im Mitgliederbestande wahrhaftig die Welt nicht aus den Angeln zu heben vermag, denn die Selbstverwaltung, wie sie gegenwärtig ist, gleicht ja doch mehr oder weniger einem Profiteßbett. Das hat wohl schon manch ein Parteigenosse einsehen lernen müssen, der mit vollen Masten das Schiff der Zukunft in die Krankenkassenverwaltung steuern wollte. Wenn einzelne Ortskrankenkassenleuten mehr noch als seither auch nur den Schein des Hinüberweizens zu einer politischen Partei vermeiden möchten, so wäre das der Sache noch dienlicher. Allerdings weiß man ja, daß die Leipziger Ortskrankenkasse z. B. gerade von den alten Nerzen als eine sozialdemokratisch geleitete Kasse verschrien wurde, obwohl an ihrer Spitze ein königlicher Kommerzienrat und mit diesem Unternehmer standen, die über den Verbadt einer sozialdemokratischen Vereidung gewißlich erhaben sind. Neben dem Kampfe um die Selbstverwaltung, der die Zukunftsaktion der Krankenkassen sein wird, trat das Verhältnis der Vorstände zu den Beamten stark in den Vordergrund, beleuchtet bisweilen durch Debatten, die selbst dem anspruchsvollsten Verächter des schlechten Tones befriedigen mußten. Die Konflikte mit den Verzeugsorganisationen nahmen diesmal das Interesse der Krankenkassentagung weniger gefangen, weil ja die Hauptschlachten geliefert sind, wobei beide Teile Haare gelassen haben. Die Verzeugsführer rühmten sich zwar mit vollen Baden allenthalben voller Erfolge, doch ganz so schlimm ist es damit doch nicht. Das Hauptaugenmerk der Delegierten war deshalb dem Vortrage des Herrn Sydow über die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung zugewandt. Der Referent ging mit den Anwürfen gegen die Krankenkassen scharf ins Gericht, zerstückte die wunderbare Forderung der Nerze nach einer offiziellen Vertretung in der Krankenkassenverbänden und ging dann in detailliertester Weise auf die Reformbestrebungen bezüglich des Krankenkassengesetzes und der Arbeiterversicherung überhaupt ein. Danach müßten die Sachverständigen noch ziemlich lange auf die Erfüllung ihrer Wünsche warten, denn bei dem langsamen Gange der amtlichen Vorarbeiten und der parlamentarischen Erlebigung dürften zehn Jahre vergehen, ehe eingreifende Änderungen zustande kommen würden. So sehr auch eine Vereinheitlichung der Versicherungsgesetzgebung und der Organisation der Arbeiterversicherung erwünscht sei und notwendig wäre, so gern würde darauf verzichtet werden, wenn dies um den Preis der ohnehin begrenzten Selbstverwaltung geschehen sollte. Nur durch die Möglichkeit der Selbstverwaltung seien die Krankenkassen das geworden, was sie heute sind: der Stolz

der Arbeiterversicherungsgesetzgebung. Die Arbeiterkassen werde sich die zwanzig Jahre bestehende Selbständigkeit nicht nehmen lassen; sobald die dunklen Pläne jener „Sozialreformer“ eine greifbare Gestalt gewinnen würden, müßte ein allgemeiner Krankenkassentagung ein energisches Veto dagegen einlegen. Da unser sozialpolitischer Mitarbeiter in Nr. 70 die im Austrage des Münchener Ortskrankenkassentages von der Zentralkommission der Krankenkassen und der Dresdener Ortskrankenkasse ausgearbeitete und dem Reichsanstler wie dem Bundesrate eingereichte Petition eingehend besprochen und unseren Lesern daraus bekannt ist, daß sich die Krankenkassen eine Vereinheitlichung der Arbeiterversicherungsgesetzgebung nur unter der Bedingung der vollen Selbstverwaltung denken, so kann dieser Punkt verlassen werden, nachdem wir noch erwähnt haben, daß bei den Arbeitgebern in den Klassenverbänden angefragt werden soll, ob diesen Fälle bekannt wären, wonach Kassenmittel schon einmal zu sozialdemokratischen Zwecken Verwendung gefunden oder die Anstellung von Kassenbeamten nach ihrer Parteigewandtheit erfolgt sei. Einstimmig wurde nach vorausgegangenem Referat ein Antrag angenommen, daß die Erhebung der Invalidenbeiträge einheitlich durch die Ortskrankenkassen erfolgen solle, wie jetzt schon am weitesten eingeführt im Königreiche Sachsen. Ueber die Nichtanzuziehung der Krankenkassen bei der Vorbereitung der neuen Reichsanzzeitage wurde berechtigte Klage geführt. Da in letzter Zeit mehrfach Gerichtsentheide die Verwendung von Kassenmitteln zur Befriedigung von sozialen Kongressen als gegen das Krankenversicherungsgesetz verstoßend erklärten — namentlich das preussische Obergericht stellt sich auf diesen Standpunkt —, der Besuch solcher Kongresse durch die Leiter von Krankenkassen aber tatsächlich die Pflege einer sozialer Prophylaxe bedeutet, so wurde eine Resolution an den Reichstag und Bundesrat beschlossen, die eine Aenderung des § 29 des Krankenversicherungsgesetzes herbeigeführt wissen will, wonach solche Auffassungen unmöglich sein müssen. Ueber die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Heimarbeiter und die Hausgewerbetreibenden zeigten sich die Meinungen noch wenig abgeklärt. Es waren nicht prinzipielle, sondern finanzielle Bedenken. Eine Resolution der sächsischen Krankenkassentagung gegen die sofortige Einbeziehung der Hausgewerbetreibenden wurde abgelehnt und die Absendung einer Petition an die betreffenden Reichsinstanzen beschlossen, welche die Versicherungspflicht für diese Kreise und eine Förderung dieser Frage verlangt. Dann beschäftigte man sich auch mit der mangelhaften Abfertigung der Beiträge durch unsolbde Unternehmer. Den Schluß machte die Regelung der Gehalts-, Pensions- und Anstellungsfrage für die Kassenbeamten. Wir haben schon einleitend gesagt, daß es bei diesem Punkte kritisch herging, auf Einzelheiten wollen wir uns auch jetzt nicht einlassen. Die in München nach dieser Richtung gefaßten Beschlüsse sind nicht durchgeführt worden, wenigstens nur in geringem Umfange; sie waren eben übereilt und gingen wohl auf einmal zu weit. Von 275 befragten Ortskrankenkassen hatten 107 die Einführung abgelehnt, aber doch Zugeständnisse gemacht (wie Dresden und Leipzig), 55 haben die Vereinbarungen zum Teile eingeführt und bei 50 schwebten noch Verhandlungen. Das ist ein Resultat, welches das Urteil über diese Münchener Beschlüsse spricht. Zu Dresden entbete dieser Streit nun mit der einstimmigen Annahme folgender Resolution: „Die Jahresversammlung erklärt sich im Prinzip für den Ausbau der Organe und für die tarifliche Vereinbarung nach der diesjährigen Vorlage der paritätischen Kommission. Diese Institutionen werden gebildet, wenn durch die paritätische Kommission in Gemeinschaft mit der geschäftsführenden Kasse der nächstjährigen Jahresversammlung das Resultat der Nachprüfung der Münchener Beschlüsse vorgelegt und durch diese angenommen ist.“ Es wird also eine Tarifgemeinschaft für die Kassenbeamten zustande kommen, nachdem die Münchener Beschlüsse einer Revision unterzogen sind. Auch wir Buchdrucker haben eine solche Revision, d. h. Verschlechterung, 1876 und 1878 erlebt. Wenn dieser Fall wieder eintreten sollte — was wir für unmöglich halten —, würden vielleicht gerade diejenigen auf uns Buchdrucker ein Donnerwetter herniederlassen lassen, die in Dresden für die „Nachprüfung“ der Münchener Beschlüsse mit Lebhaftheit eintraten. Mit der Gesamtarbeit der Jahresversammlung kann man aber trotzdem sich befriedigt erklären.

Abwehramregeln gegen die Fleischnot verlangen 29 Stadtgemeinden der Provinz Schleswig-Holstein in einer Eingabe an den Reichsanstler. Da die Fleischpreise leider noch immer stark steigen, wäre eine einheitliche Preisbewegung aller deutschen Kommunen sehr am Platze, damit einmal dem infamen Treiben der mit den Agrariern liierten Presse, die von einem Fleischnotschwindel zu schreiben wagt, ferner aber auch der trivialen Verhöhnung durch den Landwirtschaftsminister Pöbbeckel, die von allen anständigen Blättern entschieden verurteilt wurde, ein Dämpfer aufgesetzt und die Regierung zum Einlenken gezwungen wird, wenn sie nicht die Verallgemeinerung des Porwurfs erleben will, daß sie im Interesse der Stelbier das Volkswohl mit Füßen tritt. Im Münchener Gemeindefolklegium wurde einstimmig ein Antrag des Professors Aulde angenommen, welcher den Magistrat beauftragt, erneut bei der Regierung zwecks Öffnung der italienischen Grenze für die Schweineinfuhr vorstellig zu werden, ferner beim Bundesrate dahin zu wirken, daß während der Fleischteuerung die Vieh- und Fleischzölle nicht erhoben werden. Zu München kostet das Pfund Schweinefleisch jetzt schon

1,15 Mt. Wie wir ferner noch erfahren, sind die thüringischen Stadtgemeinden telegraphisch bei den Bundesregierungen und dem Reichsanwalt vorstellig geworden. Der Magistrat von Dortmund hat bei der Regierung beantragt, die Grenzen von Dänemark und Holland wenigstens auf einige Monate für die Schweineinfuhr zu öffnen. Wie es heißt, hätten die preussischen Minister Müller und von Bethmann-Hollweg dem Verlangen der oberflächlichen Städte entgegenwollen, doch hätten sie sich dem Veto Robbielski fügen müssen. Und auch der Reichsanwalt soll mit einem Hinweis auf den Schweinezüchtenden Bod seine Unzuständigkeit erklärt haben. Wenn das wahr ist, dann Robbielski der alle Hilfe verweigende Diktator ist, dann soll doch aber gleich ein —

Vom 1. September ab kommt auch die Zulassung von brieflichen Mitteilungen auf der Vorderseite von Ansichtspostkarten im europäischen Verkehr zum Verbot. Die linke, kleinere Vorderhälfte muß ebenso wie seither von Februar an im Inlandsverkehr durch einen senkrechtigen Strich von der andern Hälfte getrennt werden. Großbritannien und Irland haben sich dieser Konvention nicht angeschlossen, für außereuropäische Länder gilt diese Neuerung ebenfalls nicht. Bei der Gelegenheit sei wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß gewöhnliche Postkarten auf der Vorderseite mit keinerlei Mitteilungen versehen werden dürfen.

In Bremen freiten über 300 Hafnarbeiter, einen Stundenlohn von 43 und 46 Pf. fordernd. Auch in Rostock sind bei fünf Firmen diese Arbeiter ausständig. — In Kienburg streiken die Kernmacher. — Die Tischler in Göttingen verwarfen die zwischen den Unternehmern und dem Gesellenauschusse zustande gekommenen Vereinbarungen und traten in den Streik. — In Wernigerode streiken die Maurer und Bauarbeiter. — Die Maurer streiken in Braunschweig, Wittmund-Gens und in Alfeld. — Der Streik der Werftarbeiter in Flensburg wurde als aussichtslos aufgehoben.

In Meran sind die Tapezierer ausständig. — In Brede (Dänemark) streiken die Gutmacher. — Im Distrikt von Lancashire sind 2000 Kohlenarbeiter in den Streik getreten.

Gingänge.

Verwaltungsbericht der Gemeinamen Ortskrankenkasse Straßburg i. E. für das Geschäftsjahr 1904.

Führer durch das Vereins- und Versammlungswesen. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 69. Preis 30 Pf.

Kosmos, Handweiser für Naturfreunde. 2. Jahrgang. Heft 2 bis 4 zu 30 Pf. (pro Jahrgang 10 Hefte 2,50 Mt.). Verlag: Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Geschäftsjahre: Frauchhaje Verlagsbuchhandlung), Stuttgart.

Briefkasten.

H. Sch. in Banne: Fragliche Karte ist eingegangen. Wir können aber auch jetzt noch nicht — trotz nochmaliger Prüfung des Falles — finden, daß derselbe Allgemeininteresse hat. Wir müssen also von einer Notiznahme Abstand nehmen. — F. in M.: Lassen Sie sich nicht auslachen. Mit anonymen Zuschriften arbeiten nur Strauchritter, die auf einer gewissen Seite nicht erst seit heute oder gestern auftauchen. Wir würden lieber den Fünfer auf die Straße werfen, als für solche Leute verwenden, die, wie der heillose Stuß jenes Wasserkopfes in der letzten Nummer des „Typograph“ wieder ausweist, sich vor Dummheit so vergnügt im Schlamm zu wälzen, wie eine Pommersche A. . . . u. sich behaglich auf ihrem Dungsaufen wälzt. — R. E. in Husum: Kann ohne die Genehmigung des Ortsvorstandes nicht veröffentlicht

werden. — W. K. in Ludwigshafen: Es geht doch wirklich nicht an, daß in so ausgedehntem Maße im „Corr.“ über die Ausflüge einzelner Spartenvereinigungen berichtet wird. Bei der ohnehin so großen Belastung des „Corr.“ muß das doch vermieden werden. Wo soll denn das allgemeine Interesse in einem Berichte zu finden sein, der jedes getrunzene Glas Bier aufzählt? Daß Ihre Feiler schön war, glauben wir ja, aber lassen Sie es doch bei diesem Empfinden bewenden. In guten Zeiten hätten Sie alles Wesentliche sagen können. Wir werden den Bericht demgemäß umschreiben. — R. in R.: 4,80 Mt. — A. Sch. in Leipzig: Davon haben wir keine Kenntnis. — A. P. in Kempten: Bitte sehen Sie sich mit Richard Härtel, Leipzig-R., Kohlgartenstraße 48, in Verbindung. — Berichtigung. In der Korrespondenz aus Norden in Nr. 94 des „Corr.“ muß die dort genannte Firma Dietr. Soltan heißen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 6, III.

Mecklenburg-Vorp. (Ergebnis der Urabstimmung über die Errichtung einer Gauzuschießkasse.) Eingegangen 353 gültige Stimmzettel: davon für Errichtung 172, gegen dieselbe 181. Somit ist die Errichtung einer Gauzuschießkasse abgelehnt.

Saalgau. Abrechnung pro 2. Quartal 1905. a) Verbandskasse: Es steuerten 2018 Mitglieder in 73 Räten 22505 Wochen = 24755,50 Mt., Eintrittsgeld von 49 Mitgliedern 69 Mt., Ordnungsstraße 17 Mt., Rückzahlung 36 Mt., Voranschlag 3000 Mt., mitgin Gesamteinnahme 27 877,50 Mt. Veranschlagt wurden an Reiseunterstützung 1484,05 Mt., Arbeitslohnunterstützung 4146,75 Mt., Unterstufung nach § 2 56 Mt., Umzugskosten 221 Mt., Krankenunterstützung und Verpflegungskosten 5720,85 Mt., Invalidenunterstützung 1335 Mt., Begräbnisgeld 300 Mt., Rechtschutz 6,50 Mt., sonstige Ausgaben 6,16 Mt., 3 Proz. Verwaltungskosten 745,25 Mt., mitgin Gesamtausgabe 14021,56 Mt., so daß ein Ueberschuß von 13855,94 Mt. verblieb, wovon 6000 Mt. als Voranschlag zurückbehalten und 7855,94 Mt. an den Hauptkassierer eingekandt wurden. — b) Gaukasse: Einnahme (einschl. 17 977,50 Mt. Bestand) 22 297,08 Mt. Veranschlagt wurden an Zuschuß zur Arbeitslohnunterstützung 967,20 Mt., an Zuschuß zur Krankenunterstützung 157,20 Mt., sonstige Unterstufung 58,60 Mt., Verwaltung 882,59 Mt., Agitation 131,35 Mt., Gautag 545,50 Mt., Druckkosten 128,25 Mt., Bureauanteile 30 Mt., 1 Proz. der Verbandsentnahme an die Bezirke 248,41 Mt., sonstige Ausgaben 108,75 Mt., Gesamtausgabe 3257,85 Mt. Bestand Ende des 1. Quartals 1905 19039,23 Mt. — c) Gau-Steuerkasse: Einnahme (einschl. 6395,85 Mt. Bestand) 6581,55 Mt. Ausgabe 240 Mt. Bestand Ende des 2. Quartals 6341,55 Mt. — d) Zentral-Invalidenkasse i. L.: Einnahme 179,30 Mt. Voranschlag. Ausgabe an einen Invaliden 91 Mt., für Verwaltung 90 Pf. Ueberschuß von 87,40 Mt. als Voranschlag pro 3. Quartal 1905 zurückbehalten. — e) Bewegungsskizze: Mitgliederstand Ende des 1. Quartals 1905 1805, neu eingetretene 139, wieder eingetretene 17, zugereist 116, vom Militär 1, abgereist 209, vom Verufe abgegangen 3, ausgetreten 13, ausgegeschlossen 3, invalide 4, gestorben 4; Mitgliederstand Ende des 2. Quartals 1905 1842. — Konditionslos waren 192 Mitglieder 3587 Tage, krank waren 199 Mitglieder 4077 Tage.

Bezirk Seiffau. Die zweite diesjährige Bezirksversammlung findet Sonntag den 17. September, vormittags 11 Uhr, in Wittenberg im „Schweizergarten“ statt. Anträge sind bis zum 1. September an den Vorsitzenden einzureichen.

Schweinfurt. Die Wohnung des Vertrauensmannes Theodor Hennes befindet sich seit 15. August: Fischer-rain 25.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Aschaffenburg der Sezer Wilh. Kraus, geb. in Langenjohnalbad 1882, ausgl. das. 1901; war noch nicht Mitglied. — In Hanau der Sezer Wilh. Lenz, geb. in Hanau 1883, ausgl. das. 1901; war schon Mitglied. — W. Moritz in Hanau, Bruchköbelerlandstraße 8.

In Böttingen die Sezer I. Wilhelm Böttinger, geb. in Magstadt 1883, ausgl. in Böttingen 1905; 2. Heinrich Waiblinger, geb. in Böttingen 1887, ausgl. das. 1905; waren noch nicht Mitglieder. — In Cannstatt der Schweizerdegen Rich. Ueber, geb. in Hofen bei Cannstatt 1887, ausgl. in Cannstatt 1905; war noch nicht Mitglied. — In Heidenheim der Schweizerdegen Konrad Lippert, geb. in Dingolfing in Bayern 1881, ausgl. das. 1898; war noch nicht Mitglied. — In Stuttgart der Sezer Ernst Winkler, geb. in Stuttgart 1887, ausgl. das. 1905; war noch nicht Mitglied. — Karl Knie in Stuttgart, Jakobstraße 16.

In Darmstadt der Sezer Otto Witzleb, geb. in Sümmerda (Thür.) 1886, ausgl. das. 1905; war noch nicht Mitglied. — In Heppenheim a. d. B. der Sezer Daniel Herberich, geb. in Seebach bei Bad Dürkheim 1884, ausgl. in Dürkheim 1901; war noch nicht Mitglied. — In Lorch der Sezer Friedrich Luckert, geb. in Höfen bei Winnenheim 1887, ausgl. in Fellbach bei Stuttgart 1904; war noch nicht Mitglied. — In Pfungstadt 1. der Drucker Friedrich Otto, geb. in Wollershausen 1877, ausgl. in Kappel 1897; die Sezer 2. H. Stahel, geb. in Widenbach 1883, ausgl. in Pfungstadt 1901; 3. Andreas Wambold, geb. in Pfungstadt 1886, ausgl. das. 1904; waren noch nicht Mitglieder. — P. Hildebeutel in Darmstadt, Pfeilgerstraße 58.

In Dresden der Sezer Emil Enderlein, geb. in Dresden 1887, ausgl. das. 1905; war noch nicht Mitglied. — In Freiberg der Sezer Max Klaußnitzer, geb. in Großschirma 1886, ausgl. in Freiberg 1905; war noch nicht Mitglied. — Hermann Steinbrück in Dresden, Mathildenstraße 7.

In Kehl a. Rh. der Sezer Georg Rapp, geb. in Dorf Kehl 1883, ausgl. in Kehl 1902; war noch nicht Mitglied. — Max Wieland in Lahr i. B., Schloßplatz 22.

In Kiel der Drucker Max Luz, geb. in Frankfurt a. O. 1867, ausgl. das. 1884; war schon Mitglied. Martin Prüter, Schauenburgerstraße 34, p.

In Krefeld 1. der Sezer Karl Jäckel, geb. in Wittlich 1869, ausgl. das. 1887; 2. der Drucker Theodor Mayer, geb. in Krefeld 1885, ausgl. das. 1903; waren noch nicht Mitglieder. — Gustav Wurmann, Blumenstraße 94.

In Münster i. W. der Drucker Heinrich Degenhardt, geb. in Münster 1886, ausgl. das. 1904; war noch nicht Mitglied. — E. Kosmeier in Münster i. W., Maximilianstraße 13.

In Rostau der Sezer Ernst Metting, geb. in Rostau 1887, ausgl. das. 1905; war noch nicht Mitglied. — Albert Müller in Reissau, Dörfelstraße 7, p.

In Thorn die Sezer 1. Karl Kurzbach, geb. in Wischofsburg 1879, ausgl. das. 1897; 2. Fern. Kühn, geb. in Nauwitz 1881, ausgl. in Rogasen 1901; waren schon Mitglieder. — Bruno Zieme in Bromberg-Schwedenhöhe, Schubenerstraße 9a.

In Zella-St. W. der Sezer Herm. Siedersleben, geb. in Sulz 1884, ausgl. das. 1905; war noch nicht Mitglied. — L. Stange in Erfurt, Moltkestraße 20.

Zuverlässiger

Handmaschinenbauer

per sofort gesucht.

Erüber Gutter, Dresden. [601]

Stempelschneidergelilfe

per sofort gesucht für Frankfurt a. M. Nur bessere Kräfte wollen sich gef. melden unter Nr. 602 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Selbst., intellig. Akzidenzsetzer, Mitte 30er, in Korrekturlesen, Disponieren und Kalkulieren bewandert, befähigt, mittlerer oder größerer Drucker vorzuziehen, sucht sich zu verändern; nurzeit in 7-jähriger ungeliebter Stellung. Werte Offert. unter A. S. 2 Leipzig-Dölitz, Schlossstr. 6, II, 1. erbeten. [616]

Maschinenmeister

gelesenen Alters, tüchtig i. Illustrations-, Auto-u. Buchdruck, befähigt leitenden Posten zu bekleiden, sucht Stelle. Werte Offerten unter L. N. 612 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Technik der bunten Afdruck. Händ. Härtel in Leipzig-R. — 2,50 Mt.

Tüchtigen Matrizenbohrer

sucht große süddeutsche Schriftdruckerei. Angebote mit Lohnanspruch an die Geschäftsstelle d. Bl. unter A. 594 erbeten.

Generalversammlungs-Postkarten.

Von meinen künstlerisch auf der Höhe der Zeit stehenden Postkarten habe ich noch einen Teil auf Lager; ich gebe die drei Postkarten zusammen zum Preise von 10 Pf. bei Zusendung unter Nachnahme ab. Ausserdem versende ich eine „Fingersprache“-Karte für 10 Pf. pro Stück. Die geehrten Mitgliedschaften oder Druckerkollegenchaften werden gebeten, Bestellungen recht zahlreich aufzugeben. [718]

A. M. Watzulik, Altenburg, S.-A.

Den jungen Kollegen besonders zu empfehlen: Anhang zum Tarife

von Konrad Gehler, Leipzig, Salomonstr. 8. Preis pro Exemplar 10 Pf.

Von den Verbandsintentionären oder vom Herausgeber direkt zu beziehen. Der Vorkauf sollte man den Befehlungen außerdem noch bis zu 6 Stück 3 Pf., 7 bis 12 St. 5 Pf., 13 bis 30 St. 10 Pf. beilegen.

Ueber Sebmashinen.

Händ. Härtel in Leipzig-R. — 1,80 Mt.

Liedertafel Gutenberg

von 1877. Hamburg-Altona.

In unserer diesjährigen Herbstmatinee zum Besten des Wohltätigkeitsfonds des Biederdeckervereins in Hamburg-Altona beabsichtigen wir einen Knabenchor zur Mitwirkung heranzubilden. Knaben im Alter von 10 bis 14 Jahren sind uns herzlich willkommen. — Die Uebungen finden vom 24. August (sonntags, abends von 8 bis 9 Uhr, im Vereinslokal, Restaurant Bornhöft, Kleine Rosenstraße 16, statt. Der Vorstand.

Herzlichsten Dank

dem Ortsvereine Rötin für die Ehrungen — Festeier und schöne, sinnreiche Erinnerungs-gaben — zu unseren Jubiläen; ferner den verehrlichen Gratulanten all, die einerseits uns durch Entsendung von Delegationen (Gauverband, Bezirke Rastau und Bonn, Ortsverein Bären sowie des Regional des „Katholischer Volksfreund“) andererseits durch telegraphische und schriftliche Glückwünsche sehr erfreuten. Auch a u f r i c h t i g e n D a n k dem Festkomitee für das glückliche Arrangement und seine Mithilfe, unserer „Typographia“ und allen übrigen gesegneten Damen und Herren, die zur Verherrlichung unsers Anstalteltes mitgewirkt haben. Rötin, Mitte August 1905. [610] Heinz Dauben, J. Roskamp, Fritz Feiger.

Ersuche den Sezer Oskar Linke aus Rameuz i. E. seinen Verpflichtungen nachzukommen. [611] Fr. Feuzhahn, Verkehrsamt, Hannover.

Todes-Anzeige.

(Versipelt.) Am 22. Juli verstarb nach langem Leiden in seiner Heimat in Lauban (Schles.) unser lieber Kollege, der Setzer

Paul Tschorn.

Der Verstorbene konditionierte zuletzt, und zwar seit Ende 1900, in Welkenrad-Herbsthal. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Bezirksverein Aachen. [615]

August Jodtkun

aus Trakehnen im Alter von 38 Jahren. Sein stets opferwilliger Sinn sichert ihm ein dauerndes Andenken. [614] Essener Buchdruckerverein (V. d. D. B.).

Zur Setzmaschinenfrage.

(Vortrag, gehalten von H. Dethloff-Hagen am 23. Juli in Köln.)

Wenn heute Gutenberg auf die Welt zurückkommen könnte, und wir würden ihm einen modernen Buchdruckereibetrieb zeigen, so würde er sicher sehr erstaunt sein über das Gesicht, das seine Erfindung im Laufe der Jahrhunderte angenommen. Würden wir ihn in einen mit allen Hilfsmitteln der Neuzeit ausgestatteten Druckmaschinenaal führen, er würde sicher nicht die geringste Neugierde zwischen seiner primitiven Holzpresse und den modernen typographischen Vervielfältigungsmaschinen entdecken können. Würden wir ihn nun in einen Sezerjaal führen, so würde er vielleicht noch mehr über die Tatsache staunen, daß das Setzen im großen Ganzen in den allermeisten Betrieben noch in derselben Weise vor sich geht wie zur Zeit seiner Erfindung.

Noch geht das Setzen in den allermeisten Betrieben in der altübergebrachten, konventionellen Weise vor sich.

Aber wie lange noch?

Wie lange wird es dauern, bis der „glatte“ Handsezer zu den Raritäten gehört? Wie lange wird es dauern, bis man nur noch in „zurückgebliebenen, altväterlichen Betrieben“ den glatten Satz mit der Hand beststellt?

Nun, ich will die Frage nicht beantworten, weil ich es nicht kann, weil ich zum Propheten nicht taugte. Aber daß wir mitten in der Entwicklung sind, das weiß jeder, der die Augen offen hält.

Langsam (zum Glück für die Gehilfsenschaft nur langsam) vollzieht sich die Verdrängung des Handsatzes durch den Maschinensatz, aber von Jahr zu Jahr wird die Anzahl der neu aufgestellten Setzmaschinen eine größere.

Vertehrt wäre es, wenn die Gehilfsenschaft bei dieser Schlinge der Dinge der wichtigsten Frage im Buchdruckerleben, der Setzmaschinenfrage, gleichgültig gegenüberstehen würde. Allerdings ist eine übertriebene Angst vor der Setzmaschinengefahr gleichfalls vertehrt. Vor allen Dingen muß man sich bemühen, Ursache und Wirkung sich klar vor Augen zu führen, ohne Vorurteil und ohne Angst sich mit dieser wichtigen Frage zu befassen. In der Erkennung der Ursache, der Wirkung, liegt das Erkennen der Gefahr, aber gleichzeitig auch das Erkennen der Mittel, mit denen die Auswüchse beseitigt werden können.

Wie gesagt, wird das Tempo in der Aufstellung von Setzmaschinen ein schnelleres; es liegt das einerseits in der sich verbreitenden Erkenntnis, daß die Setzmaschinen tatsächlich rentabel sind, andererseits in der Konkurrenz, die der mit Setzmaschinen arbeitende Unternehmer demjenigen macht, der ohne Setzmaschinen arbeitet. Wenn A. mit Hilfe der Setzmaschinen schneller und — billiger (trotz Abschreibungen und Ehrenschiedsgericht!) arbeiten kann wie B., was liegt näher, daß B. denselben Weg einschlägt, den A. ging? Und so sehen wir denn, daß die Rüste der Firmen, die mit Setzmaschinen arbeiten, immer länger wird; zum Schaden für die Gehilfsenschaft, die die Bege zu zahlen hat, die für die durch die Setzmaschinen außer Arbeit gebrachten Kollegen die Unterstützungen zu zahlen hat. Eine nette Summe hat uns der „eiserne Kollege“ schon gekostet! Wie wird die Schlußabrechnung ausfallen?

Wir Buchdrucker betrachten die Frage selbstverständlich von unserem Interessenstandpunkte. Wenn wir irgendwo die Aufstellung von so und so vielen Setzmaschinen zu registrieren haben, so sagen wir: Die Begleitererscheinung der Aufstellung von Setzmaschinen war die traurige Tatsache, daß so und so viele Schriftsezer ihr Brot verloren.

Der Nationalökonom allerdings betrachtet die Sache ganz anders. Der fragt nicht nur: Wie viele Buchdrucker werden durch Einführung der Setzmaschinen überflüssig? Sondern der fragt: Wie viele Arbeiter werden durch den Bau der Setzmaschinen beschäftigt? Wie viele Personen haben sonst direkt oder indirekt durch den Bau oder Betrieb von Setzmaschinen eine Existenz, die sie ohne den Bau von Setzmaschinen nicht haben könnten? Und dann fragt er erst: Wie viele Buchdrucker werden durch die Einführung der Setzmaschinen arbeitslos? Und die Antwort? Die wird sicher nicht so kraß ausfallen, wie wir Buchdrucker von unserem Standpunkte vielleicht glauben mögen. So aber, wie hier ausgeführt, muß der rechnen, der die Ungelegenheit wirtschaftspolitisch, rein objektiv betrachtet.

Es geht hier gewissermaßen eine Verschiebung der Arbeitsgelegenheit vor sich. Während die Buchdrucker verlieren, gewinnen die Metallarbeiter; allerdings bleibt der Verlust ein größerer wie der Gewinn. Arbeiterhände werden auf alle Fälle überflüssig gemacht.

Nebener schilderte nun eingehend den Werdegang von Handsatz zum Maschinensatz bis zur Erfindung derjenigen Maschinen, die gegenwärtig sich den Weltmarkt erobern, die unsere Kollegen aus den Druckereien drängen, und die sich als für die Praxis in jeder Beziehung als brauchbar

und profitabel erwiesen haben: Linotype, Typograph und Monoline. Allerdings, den Profit bringen diese Maschinen nicht, den ihnen die Fabrikanten in ihren Reklamen andichten; aber immerhin ist der Profit groß genug, als daß er nicht den rechnenden Geschäftsmann lode. Und so sehen wir denn, daß die Setzmaschinenfabriken Geschäfte machen, daß ihr Absatz wächst, mit einem Worte: daß sie prosperieren. Zum Schaden für die Buchdruckergehilfen!

Dieserjenige Maschinen, die auf dem Systeme des Gießens von Barrenzeilen beruhen, haben jedoch einen wesentlichen Nachteil, durch den ihre Einführung in die Praxis bedeutend beschränkt wird. Und dieser Nachteil liegt eben in der Barrenzeile als solcher. Die Korrekturen sind dadurch erschwert, daß für jeden Buchstabenfehler der Neusatz der betreffenden Zeile, in der der Fehler ist, verlangt wird. Schlechtes Manuskript ist also nicht gut als Maschinensutter zu verwenden, weil die Folge bei unleserlichem Manuskript eine umfangreiche Korrektur sein wird. Sollen's wird der Wert der Setzmaschine gleich Null, wenn es sich um Wertpapier handelt, in dem der Autor noch nach dem ersten und vielleicht nach dem zweiten Abzuge noch wesentliche Änderungen, Ergänzungen und Streichungen vornimmt. In dem Falle würde die Korrektur unter Umständen gleich Neusatz sein, so daß also vollständige Unrentabilität festgestellt werden muß. Also hier ist ein Feld, auf dem die genannten Setzmaschinensysteme nicht Wurzel fassen können.

Der Satz von Manuskript, das schlecht geschrieben ist und deshalb unbedingt eine große Korrektur erfordert, der Satz von Werken, deren Autoren bekanntermaßen viel ändern, gewissermaßen erst nach dem ersten Abzuge ihr Werk in Reinschrift herstellen (und deren gibt es sehr viele), ebenso wie der Satz von Werken in mehrfacher gemischter Schrift bleibt also den Handsatzern, kann ihnen ernstlich von den jetzt maßgebenden Setzmaschinensystemen nicht streitig gemacht werden.

Wohlerstanden: jetzt nicht! Aber auch nicht für alle Zukunft?

Was lag wohl näher, als daß die Erfinder jetzt der Idee nachgingen, eine Maschine zu konstruieren, die an Stelle der Barrenzeilen einzelne Buchstaben gießt? So entstanden der Elektrotypograph und die Lanston-Monotype. Welche von beiden Maschinen die vollkommenste ist? Darüber gehen die Meinungen sehr auseinander. Ob sie eine Zukunft haben? Die Zeit muß hier die Lehrmeisterin sein.

Nebener gab nunmehr eine ausführliche Beschreibung der Monotype, zeige der Veranmlung Produkte dieser Maschine: Satz, Lochstreifen, auf der Monotype gesetzte komplizierte Druckfaden usw., und fuhr dann fort:

Worin besteht nun die Gefahr, die die Lanston-Monotype oder eine andre noch vollkommenere Buchstabensezer- und Gießmaschine für die Schriftsezer in sich schließt? Eben darin, daß durch diese Maschine dem Schriftsezer selbst das schlechte Manuskript genommen werden kann. Und somit hatte Kollege Rehhäuser in seinem bekannten Artikel über die Lanston-Monotype ganz recht, wenn er schrieb, daß diese Maschine „den Ring schließt“. Es war also ein Verdienst des Kollegen Rehhäuser, die Allgemeinheit durch den „Corr.“ auf diese Tatsache aufmerksam zu machen.

Daß die Lanston-Monotype oder eine andre noch bessere Buchstabensezer- und Gießmaschine eine Zukunft hat und auf welchem Gebiete sie vordringen kann, möge folgendes Beispiel zeigen:

Denken wir uns einen größeren Werkbetrieb, der mit einer großen Anzahl von Setzmaschinen (Linotype, Typograph oder Monoline) arbeitet. Alle Werke, die nur irgendwie sich für die Setzmaschine eignen, werden selbstverständlich auf der Maschine hergestellt, bis auf diejenigen, die schlecht geschrieben sind oder wegen zu erwartender späterer Korrekturen sich zum Maschinensatz nicht eignen. Diese Arbeiten verbleiben bis dahin den Handsatzern. Nun aber kommt die Firma und stellt Monotypen auf, um mit diesen Maschinen die Arbeiten herzustellen, die sich bisher für die Setzmaschine nicht eigneten. Da muß man sich also fragen: Kann sich ein solches Beginnen lohnen? Diese Frage will ich in folgendem zu beantworten versuchen:

Es handelt sich um ein Werk, das 1. schlecht geschrieben ist, also ohne Zweifel Korrekturen verursachen wird, und in dem 2. vom Verfasser nach dem ersten Abzuge noch eine Anzahl Änderungen im Texte vorgenommen werden. Der Sezer liefert von diesem Werte pro Woche einen Bogen, wofür er als berechnender Sezer 35 Mk. erhält. Diese selbe Arbeit wird auf der Setzmaschine selbstverständlich bedeutend schneller hergestellt, sagen wir einmal dreimal so schnell, so daß also pro Woche drei Bogen mindestens hergestellt werden. Der Firma wird also durch die Setzmaschine pro Woche ein Quantum Satz geliefert, das im Handsatz hergestellt mindestens 105 Mk. kosten würde. Die Korrekturen sind in beiden Fällen, im Hand-

wie im Maschinensatz, ungefähr die gleichen, da der Maschinensatz ganz genau so wie der Handsatz mit Zuhilfenahme des Sezerstifts korrigiert werden muß. Es muß also, was ein jeder herausfinden wird, eine Rentabilität konstatiert werden; was ja nun größer oder kleiner ist wie bei den anderen Setzmaschinen, das ist eine zweite Frage, die ich hier nicht untersuchen will. Jedenfalls werden sich unsere gewiegten Großdrucker, die sehr gute Nezeimer sind, selbst einen kleinern Profit nicht entgehen lassen, wo er ihnen winkt. Denn der Profit als solcher lode.

Die Vertreter der Monotype beabsichtigen bekanntlich, an der Setzmaschine Schriftsezer zu beschäftigen, an der Gießmaschine dagegen „gewöhnliche“ Arbeiter, Mechaniker usw. Gegen diese Absicht muß von vornherein energisch Front gemacht werden, was ja auch schon durch den Nezeimerischen Artikel gesehen ist. Wer ist denn außer den Schriftsezern durch die Einführung der Setzmaschine in seiner Existenz bedroht? Wer anders als die Schriftgießer? Sind die Schriftgießer nicht diejenigen, die berichtigt sind, zu verlangen, daß sie an den Gießmaschinen Beschäftigung finden und nicht „gewöhnliche“ Arbeiter usw.?

Nebener ging nunmehr ausführlich auf die Vorgänge in Oesterreich ein, befaßte sich mit dem Beschlusse des Tarifamtes vom 22. Mai d. J. betr. Arbeit an der Monotype und fuhr dann fort:

Ist auch der Entschluß des Tarifamtes nicht geeignet, voll zu befriedigen, so schiebt er doch immerhin günstig ab gegen den brutalen Standpunkt, den die österreichischen Prinzipale eingenommen haben. Einem allerdings muß das eifrige Bestreben sein: dahin zu wirken, daß den Gießern ein berechtigter Platz am Tische der Tarifgemeinschaft eingeräumt wird. Vor allen Dingen müssen die Gießler selbst sich regen, die Unterstützung aller Kollegen wird ihnen sicher sein.

Allerdings liegt die Hauptaufgabe hierbei bei den Gießern selbst.

Die Monotype wird allerdings die Linotype oder die anderen Maschinen, die Barrenzeilen gießen, niemals verdrängen, weil sie für den Zeitungsbetrieb ganz und gar nicht zu gebrauchen ist. Um dies Feld zu erobern, müßte eine Maschine erfunden werden, die in einer Reihe setzt und gießt und nicht, wie die Monotype, aus einer Sezer- und einer Gießmaschine besteht. Es leuchtet wohl jedem ein, daß es im Zeitungsbetriebe nicht angängig ist, erst das Manuskript zu setzen, dann den Lochstreifen auf die Gießmaschine zu spannen und den Satz zu gießen. Die Zeit ist in den meisten Fällen gar nicht vorhanden und in fast derselben Zeit ist auch der Satz mit der Hand hergestellt. Dagegen ist der Satz der Maschinen, die Barrenzeilen gießen, sofort zu gebrauchen. Hierin besteht der Vorteil der Linotype usw. gegenüber der Monotype oder einer ähnlichen Maschine für den Zeitungsbetrieb.

Der Elektrotypograph bedeutet schon einen Schritt weiter gegenüber der Monotype, denn beim Elektrotypographen kann man tatsächlich bergestellt die Sezer- und Gießmaschine zusammenstellen, daß gleich nach dem Satze auch der Guß vor sich gehen kann. Nebener gab an der Hand von Zeichnungen und Erzeugnissen ein Bild der Wirkungsweise dieser Maschine. Allgemein wurde dabei anerkannt, daß das Produkt der Gießmaschine des Elektrotypographen, die Lettern, nicht von der gleichen Güte seien wie das Produkt der Monotype. Die Lettern der Monotype zeichnen sich durch klaren, scharfen Guß aus, was von den Lettern des Elektrotypographen nicht gesagt werden kann. Auch ist der Schnitt der Monotypebuchstaben entschieden schöner. Als Vorteile des Elektrotypographen gegenüber der Monotype bezeichneter der Nebener u. a. die überflüssige Schreibmaschine (90 Tasten anstatt 257 an der Monotype), das praktischere Ausschließungsverfahren und die Tatsache, daß das Gesezte gleichzeitig in Schreibmaschinenschrift erscheint.

Die Fabrikanten des Elektrotypographen (Elektricitäts-A.-G. vorm. Schudert & Co. in Nürnberg) preisen allerdings noch verschiedene andere Vorteile, darunter einen „Vorteil“, der das liebhafteste Interesse der Buchdruckergehilfen erregen muß. Die Fabrik gibt nämlich in ihren Prospekten als ersten Vorteil an:

Billigste Sapherstellung, da jede des Maschinenschreibens kundige Person an der Schreibmaschine Verwendung finden kann. Das Tarifamt wird sicherlich diesen „ersten Vorteil“ mit rauher Hand vernichten. Genau wie bei der Monotype, wird auch das Tarifamt beim Elektrotypographen beschließen, daß es sich um eine Setzmaschine im Sinne des Tarifes handelt. Mit der „billigsten“ Sapherstellung wird es also nichts sein, wenn die Fabrik bei tarifstreuen Firmen ihre Maschinen unterbringen will.

Wir Maschinensezer wissen aus unfrer Praxis, daß bei planmäßiger Einteilung die Setzmaschine rentabel ist. Wir wissen, wie die Prinzipale immer mehr und mehr ihren ganzen Geschäftsbetrieb der Setzmaschine anzupassen wissen, wie z. B. mit dem größten Raffinement immer größere

Leistungen hauptsächlich auf der Linotype in Zeitungsdruckereien erzielt werden. Eine solche Ausnutzung der Linotype ist aber ganz ausgeschlossen. Denn die Linotype arbeitet in diesem Falle gerade einmal so schnell. Der Satz der Linotype ist sofort druckfähig, während die Monotype erst den Gießtreiben herstellt, worauf auf der Gießmaschine der Satz hergestellt werden kann.

Auch den Elektrotypographen halte ich, wie schon gesagt, für keine zweckmäßige Zeitungsgießmaschine, trotzdem man die Gieß- und Gießmaschine verbinden kann, denn die Gießmaschine ist in ihrer Leistung beschränkt durch die Maximalleistung von etwa 5000 Buchstaben in der Stunde.

Es muß also festgestellt werden, daß die Monotype und der Elektrotypograph als Zeitungsgießmaschinen kaum in Betracht kommen können, daß hier bis auf weiteres die drei besagten Systeme dominieren werden. Wenn aber, wie ich vorhin bewiesen habe, die Monotype und der Elektrotypograph im Werkzeuge ein Gebiet erschließen können, das für die Gießmaschine bisher nicht rentabel war, so werden sie sich auch den Markt erobern; langsamer zwar als die anderen Systeme, aber immerhin schnell genug, um die Gehilfenschaft empfindlich zu schädigen.

Schon jetzt kann man beobachten, daß der Druck von Werken von den großen leistungsfähigen Firmen an sich gezogen wird. Das wird um so umfangreicher stattfinden, je billiger diese großen Institute, die mit allen technischen Hilfsmitteln arbeiten, zu liefern imstande sind. Auf die Dauer wird also der Prinzipal, der mit Handgelegern arbeitet, gegenüber dem, der mit Gießmaschinen arbeitet, nicht konkurrenzieren können. Was wird er tun? Entweder den Druck von Werken aufgeben, oder aber sich gleichfalls Gießmaschinen anschaffen. So wird ein Keil den andern treiben. Die Gehilfenschaft aber wird die Beute zu zahlen haben.

Redner kam sodann auf das Bestreben der Zeitungsverleger zu sprechen, das dahin geht, bei den Tarifverhandlungen eine Rolle zu spielen. Hauptsächlich sei es die Gießmaschinenfrage, die die Zeitungsverleger auf den Plan gerufen habe. Wir werden also mit der Tatsache zu rechnen haben, daß die Gießmaschinenfrage bei den nächsten Tarifverhandlungen nicht die unwichtigste Rolle spielen wird.

Was haben wir nun zu tun?

Vor allen Dingen mit allen Kräften dahin zu wirken, daß alle Maschinenleger Verbandsmitglieder werden. Dann aber auch, daß alle Maschinenleger sich der Spezialorganisation anschließen. Die Generalversammlung in Dresden hat bekanntlich einstimmig dahingehend votiert, daß unter den heutigen Verhältnissen die Spezialorganisationen eine unbedingte Notwendigkeit sind. Nach diesem einstimmigen Beschlusse glaube ich ganz bestimmt, daß es kein Verbandsmitglied mehr geben wird, das einer unbedingten Notwendigkeit nicht Rechnung trägt. Nach diesem Beschlusse hat jeder Maschinenleger die Pflicht, sofern er Verbandsmitglied ist, sich der Spezialorganisation anzuschließen. Dann müssen sich die Maschinenleger eingehend mit dem Tarife vertraut machen. Unser Bestreben muß dahin gehen, daß wir bei der Tarifberatung Experten haben, die in jeder Hinsicht auf der Höhe sind, denn leicht wird deren Aufgabe nicht sein.

Redner behandelte sodann ausführlich die Mechanikerfrage und ist sehr erfreut von der Tatsache, daß der Verbandsvorstand dieser Frage das verdiente Interesse zuwendet. Allerdings sei es besser für unsern Beruf, wenn die Mechanikerfrage nicht existiert, wenn an Stelle der Mechaniker „erste Maschinenleger“ oder, wie Kollege Zopp sie nennt, Segermonteurs stehen.

Nunmehr behandelte Redner die Frage: Ist es im Interesse unsers engern Vereins gelegen, wenn wir einen „technischen Berater“ wählen? Die Frage sei unbedingt mit „Ja“ zu beantworten. Beweis sei schon allein die Tatsache, daß während der Versammlung in Dortmund nicht weniger wie sechs Kollegen zu ihm gekommen seien, um in dieser oder jener technischen Frage Auskunft zu erhalten. Der technische Berater müßte den Kollegen dreifach mit Rat und Tat zur Seite stehen; er müßte sich mit den Neugierigen auf dem Gebiete der Gießmaschinen-technik vertraut machen und in den Versammlungen Bericht erstatten, außerdem müßte er sonstige technische Anregungen geben. Nachdem Redner sich ausführlich mit den Aufgaben des technischen Beraters beschäftigt, sagte er weiter:

Ich habe schon bei einer früheren Gelegenheit einmal hervorgehoben, daß wir Gott danken können, daß die Einführung der Gießmaschinen nicht sprunghaft vor sich geht, wie vor etwa einem Jahrzehnt in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Dort wurden damals auf einen Schlag mehr wie 1000 Schriftsetzer überflüssig. Ein harter, sehr harter Schlag für die Organisation.

Bei solchen technischen Umwälzungen zeigt sich erst recht die Macht einer Organisation. Besäße nicht der Buchdruckerverband die Macht, die er tatsächlich einnimmt, unzweifelhaft würden die Unternehmer die technische Umwälzung benutzt haben, um Verschlechterungen in den Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzuführen. Aber auch der Segen des kollektiven Arbeitsvertrages, die Tarifgemeinschaft, zeigt sich hier im besten Lichte; ohne diese wäre es sehr schwer werden, bei der zunehmenden Arbeitslosigkeit die Ordnung im Berufe aufrecht zu erhalten. Es ist ja menschlich erklärlich, wenn der einzelne, der durch die Gießmaschine arbeitslos wird, ja längere Zeit arbeitslos wird, schließlich hingibt und sich zu billigen Löhnen des

Unternehmens anbietet. Hier erweist sich die Tarifgemeinschaft, die Festsetzung des Lohnminimums, als ein mächtiger Hort zur Bekämpfung der Anarchie in unserm Gewerbe. Daß das die Gehilfenschaft einzieht, beweist die Tatsache, daß der Verband immer mehr Mitglieder in seinen Reihen aufnimmt, die bisher abseits standen. So gibt denn die technische Umwälzung denjenigen Kollegen, die Nichtmitglieder des Verbandes waren, und den ansässigeren Kollegen unter den Gutenbergsbindlern die Lehre, daß, wenn sie in der Mehrheit gewesen wären und der Verband in der Minderheit, wir die traurigen Zustände in unserm Berufe hätten. Das sehen denn auch die ansässigeren Herren in diesen Kreisen ein, und wir sehen, daß viele Gutenbergsbinder ihre bisherigen Fehler dadurch corrigieren, daß sie ihrem traurigen Bunde Beistand und Mitglieder des Verbandes werden.

Wie schon gesagt, zeigte sich bei der Einführung der Gießmaschine die Macht des Verbandes im besten Lichte. Wäre es ohne die Macht des Verbandes möglich gewesen, einen Segementarif zu schaffen, der so günstig für die Gehilfen gelaufen hätte, wie der, der schon bald nach Erscheinen der ersten Gießmaschinen in Deutschland zustande kam? Man bedenke: Das Ideal der Arbeiterbewegung, der achttündige Arbeitstag, wurde festgelegt, allerdings nur für eine verhältnismäßig kleine Anzahl von Buchdruckergehilfen, aber damit ist Breche gelegt, der neunstündige Arbeitstag ist durchbrochen. Und wenn es auch mit der allgemeinen Einführung der achttündigen Arbeitszeit im Buchdruckgewerbe noch gute Weile haben mag, so bringt uns doch die Tatsache, daß es überhaupt gelungen ist, für eine bestimmte Kategorie von Kollegen den achttündigen Arbeitstag zu erlangen, unserm Ziele, der allgemeinen Einführung der achttündigen Arbeitszeit, um ein bedeutendes näher.

Dann die Tatsache, daß es den Unterhändlern gelang, festzusetzen, daß das Lohnminimum der an den Maschinen beschäftigten Kollegen um 25 Proz. höher sein soll wie das Lohnminimum, das der allgemeine Buchdruckertarif vorschreibt. Wann und in welchem Berufe ist es niemals vorgekommen, daß bei einer technischen Umwälzung auch die Arbeiter Vorteile herauszuschlagen? Ich kenne keinen Fall. Im Gegenteil: immer und überall brachten technische Umwälzungen Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Um so höher ist es anzuschlagen, wenn im Buchdruckgewerbe solche Erfolge zu verzeichnen sind. Wir können stolz sein auf die Macht des Verbandes, auf das diplomatische Geschick der Verbands- und Tarifvertreter.

Aber eines dürfen wir auch nicht vergessen zu erwähnen: daß die führenden Herren im Prinzipalrat durch ihre Beschlüsse gezeigt haben, daß sie sozial empfinden, im Gegenjage zu dem sich immer mehr breit machenden Scharfachtums, das sich am profitgierigsten bemerkbar macht, pochend auf seine Geldsackmacht, in der Metallindustrie.

Und da kommt mir die Frage: Was haben wir von den Metallindustriellen zu erwarten? Ich möchte das Augenmerk aller Kollegen, die in der Bewegung stehen, darauf richten, daß die Gießmaschinenfabriken schon jetzt eine ganz respektable Macht innerhalb unsers Berufes einnehmen. Von den Fabriken werden eine Anzahl Buchdrucker beschäftigt als Instrukteure usw. Außerdem befallen sich die Fabriken mit der Anlernung von Maschinenlegern sowie mit der Arbeitsvermittlung. Durch die Fabriken erhalten jährlich so und so viele Maschinenleger Arbeit nachgewiesen. Dieser Einfluß, den die Gießmaschinenfabriken in unserm Berufe ausüben, verdient die aufmerksamste Beachtung der leitenden Personen in der Gehilfenschaft.

Daß sich die führenden Personen im Verbands sehr eingehend mit diesen wichtigen Fragen befassen, davon bin ich sehr überzeugt.

Wir Maschinenleger wollen aber die Augen aufhalten, wollen eifrigst darüber wachen, daß uns an unseren Rechten kein Abbruch geschieht. Wir wollen nicht rasten und nicht ruhen, die Verhältnisse zu bessern, alle Kollegen für unsere Spezialorganisation zu gewinnen und zu eifrigen Mitarbeitern für unsere gute Sache zu erziehen, wie wir es bisher schon mit Erfolg getan.

Nun wir das, so arbeiten wir für die Allgemeinheit, für den Verband der Deutschen Buchdrucker!

Dem Vortragenden wurde seitens der aufmerksamsten Zuhörer für seine lebendigen und überzeugenden Ausführungen selbstverständlich lebhafter Beifall gespendet.

Entscheidung der laut § 51 des Tarifes errichteten Schiedsgerichte.

(Veröffentlicht vom Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker.)

Kreis VIII (Berlin-Brandenburg). Schiedsgericht Berlin.

Klageobjekt: Anerkennung der Maßregelung.
Sachverhalt: Der Kläger stand seit etwa acht Tagen bei der besagten Firma in Kondition. An einem Tage vormittags ließ er ein Zirkular unter seinen Kollegen herumgehen, mit welchem er dieselben aufforderte, zu einer Versammlung zusammen zu kommen, um sich über Drucker-Verhältnisse zu besprechen und die Wahl eines Vertrauens-

mannes vorzunehmen. Wegen Verbreitung dieses Zirkulars wurde er sofort entlassen; die Kündigungsfrist war eine tägliche.

Die Beklagte wendet dagegen ein, daß die Entlassung nicht wegen des Zirkulars an sich oder wegen des Inhaltes desselben erfolgt sei, sondern lediglich aus dem Grunde, weil das Herumgehen desselben in der Arbeitszeit erfolgt sei. Die damit verbundene Arbeitsverminderung, die durch die sich anschließende Diskussion noch erweitert werde, könne von ihr nicht gebildet werden, sie beanspruche vielmehr, daß das Personal derartige Angelegenheiten entweder außerhalb der Arbeitszeit oder innerhalb der Pausen erledige. Auch seien die Leistungen des Klägers derart minderwertig, daß seine Entlassung sowieso erfolgt wäre.

Entscheid: Dem Klageantrage wird stattgegeben. Da die Entlassung des Klägers mitten in der Arbeitszeit erfolgt ist, hat derselbe noch Anspruch auf Nachzahlung des zum vollen Tagelohne fehlenden Betrages; letzteres wird von der besagten Firma als eine selbstverständliche tarifliche Forderung anerkannt und nur auf einen Irrtum der Geschäftsleitung zurückgeführt.

Begründung: Das Zirkular, welches der Kläger zu Hause geschrieben und in der Druckerei verbreitet hatte, liegt dem Schiedsgerichte vor und sind gegen dessen Form und Inhalt Einwendungen nicht zu erheben. Der Kläger gibt an, daß er hierzu durch andere bei der Firma beschäftigte Arbeitskollegen angeregt worden sei, und sich im guten Glauben befunden habe, daß gegen die Verbreitung desselben nichts einzuwenden sein würde; auch will er dasselbe während der Frühstückspause in Umlauf gesetzt haben. Zweck der Druckerversammlung sollte in erster Linie die Wahl eines Vertrauensmannes sein; dies zu tun, und dabei die Arbeitsverhältnisse der Druckerei zu besprechen, wird auch seitens des Beklagten als ein gutes Recht der Gehilfen anerkannt. Wenn nun der Kläger hierzu während der Arbeitszeit aufgefordert hat, so tat er dies, weil in der Mehrzahl der Druckereien ähnlich verfahren wird, und weil ihm nicht bekannt war, daß in der Druckerei des Beklagten dies nicht während der Arbeitszeit gebildet werde. Da die Entlassung des Klägers aber den Anschein erwecken könnte, als habe die Firma die Wahl eines Vertrauensmannes und die Besprechung rein werksfälliger Angelegenheiten verhindern wollen, deshalb wird dem Kläger die Maßregelung zugesprochen.

Klageobjekt: Lohnabzug von 85 Pfg.

Sachverhalt: Der Kläger ist Vormund über einen 16jährigen Knaben, dem er auf Anweisung des Amtsgerichtes eine Lehrstelle besorgen sollte. In einer Morgenzeitung sah der Kläger das Gejuch einer Firma nach einem Buchdruckerlehrlinge, und er ging deshalb bereits vor Arbeitsbeginn in die betreffende Druckerei, um seinem Mündel die Stelle zu sichern. Da der betreffende Prinzipal den sofortigen Eintritt des Lehrlings verlangte, suchte der Kläger bei seinem Saalmeister um Urlaub nach, der ihm auch bewilligt wurde, da die vom Kläger zu bedienende Maschine eingerichtet war und den Tag über zu drucken hatte. Nach etwa 1 1/2 Stunden fand sich der Kläger in seiner Arbeitsstelle wieder ein. Bei Empfang des Lohnes am Abtag wurde ihm der Betrag für die verstrichene Zeit in Abzug gebracht, wogegen er einwendete, daß er die Verminderung laut Tarif entschädigt erhalten müßte, da er durch Vormundschaftsachen an der Dienstleistung behindert war. Die Firma war entgegengesetzter Ansicht und hielt diese Verminderung nicht für eine entschädigungspflichtige.

Entscheid: Der § 36 des Tarifes und seine Kommentierung spricht dem Kläger das Recht auf eine Entschädigung nicht zu; der Klageantrag ist deshalb abzulehnen. Da der Kläger sich aber im guten Glauben befunden hat, daß diese Verminderung entschädigt werde, und sich in andern Fällen eine andre Zeit für die Besorgung seines Vormundschaftsgegenstandes ausgekauft haben würde, und weil ferner die Firma einen Verlust an Arbeitsleistung durch das 1 1/2 stündige Fernbleiben des Klägers nicht gehabt hat, wird dieselbe ersucht, den abgezogenen Betrag wieder auszusahlen. Hierzu erklärt sich dieselbe bereit, da ihr nur daran gelegen sei, festzustellen, ob sie zur Zahlung der Entschädigung tariflich verpflichtet war.

Begründung: Der § 36 des Tarifes ist im April 1904 auf Antrag der Gehilfen kommentiert worden, und sind an der bezüglich Stelle des veröffentlichen Protokolls alle diejenigen Dienstbehinderungen namentlich aufgeführt worden, die einer Entschädigungspflicht unterliegen. Während beim Tarifausschuß gegenseitig beantragt worden war, die Entschädigungspflicht auf Vormundschaftsachen im allgemeinen auszubehnen, wurde durch Beschluß des Tarifausschusses die Entschädigungspflicht nur für solche Vormundschaftsachen anerkannt, die ein Erscheinen an Gerichtsstelle zur Bedingung machten. Ein solcher Fall lag hier nicht vor, und es ist auch nicht überzeugend nachzuweisen, ob die Unterbringung des Lehrlings nicht ebenjotig hätte außerhalb der Arbeitszeit des Klägers erfolgen können, zumal offene Lehrstellen auch durch den Bund der Berliner Buchdruckereibesitzer zu jeder Stunde zu erhalten waren; jedenfalls hat der Kläger nicht den Versuch gemacht, bei dem Lehrprinzipale seines Mündels einen Aufschub der Einstellung desselben um einige Stunden zu bewirken. Der Kläger mag es mit der Erfüllung seiner Vormundschaftspflichtigen gut gemeint haben, war aber tariflich nicht berechtigt, hierfür die Firma entschädigungspflichtig zu machen.